Nummer 20, November 1993

ZCK

Das Info aus der Flora

75 Jahre Novemberrevolution

70 Jahre bewaffneter Aufstand in Hamburg

... 4 Jahre Rote Flora.





Revolution ist gut, alles andere ist Quark!

Vor 75 Jahren fand in Deutschland eine Revolution statt, an die sich heute keiner mehr erinnern will. Ende Oktober/Anfang November 1918 fanden in Wilhelmshaven und Kiel Streiks und bewaffnete Demonstrationen von Marinesoldaten statt. Am 9.11. wurde in Berlin von revolutionären ArbeiterInnen und Soldaten die Macht übernommen und die Monarchie gestürzt. Karl Liebknecht verkündete vom Balkon des kaiserlichen Schlosses die freie, sozialistische Republik. Überall im Land bildeten sich Soldaten- und ArbeiterInnenräte als Träger der Revolution. Philipp Scheidemann (SPD) rief die freie deutsche Republik aus. Friedrich Ebert (SPD) wurde zum Reichskanzler ernannt und verriet die Revolution zugunsten einer parlamentarischen Demokratie, indem er einen Geheimbund mit der Obersten Heeresleitung zur Niederschlagung der revolutionären Bestrebungen schloß.

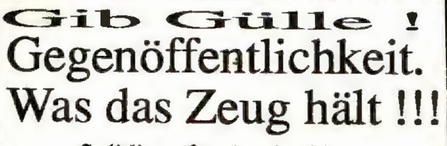
Bis weit in die 20er Jahre hinein dauerten die revolutionären Auseinandersetzungen an.

In Hamburg kam es am 23.10.1923 zum bewaffneten Aufstand, von revolutionären Kampfgruppen der KPD, der nach 2 Tagen niedergeschlagen wurde.

Die Herrschenden versuchen die kollektive Erinnerung an revolutionäre Prozesse zu eliminieren: Am 9.11.23 wurde der 'Marsch auf die Feldherrenhalle' von Hitler und Ludendorff inszeniert, am 9.11.1938 die 'Reichspogromnacht' als neue Etappe im Vernichtungsfeldzug gegen die Juden. Am 9.11.1989 fiel die Mauer. Der 9. November hält seitdem als Tag für die friedliche 'Revolution' in der DDR her.

Im Parlament soll dann auch als Akt der Relativierung auf dem Weg zur Entsorgung der Geschichte in einer *gemeinsamen* Gedenkstunde der Reichspogromnacht *und* der Maueröffnung gedacht werden. Konsequent.

Inhalt



Gib Gülle !

Gegenöffentlichkeit. Was das Zeug hält !!!

Solidisco für das Archiv, Fotoarchiv und die Zeck!

Am 13. 11. ab 22.00 Uhr in der Roten Flora



KONTAKT:
ZECK
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

RAF-Gefangene im Wortlaut

Brigitte Mohnhaupt: „Der Inhalt der Beziehung ist zerstört"

Wir machen jetzt eine Sache offen, die für uns der Bruch ist im Zusammenhang der Gefangenen und in der politischen Beziehung zur RAF. Der Inhalt der Beziehung ist zerstört, eine andere Entscheidung als die Trennung nicht mehr möglich. Wir haben den Endpunkt der Entwicklung in die politische Agonie erreicht, die 1992 damit anfing, daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt wurden, und heute damit aufhört, daß unser Leben und unser Kampf hinter unserem Rücken abgewickelt werden sollen. Seit Mai haben die Gefangenen in Celle die Abwicklung von RAF und Gefangenen in Gang gesetzt, mit Einverständnis der Illegalen.

Wir wissen das alles selbst erst seit kurzem und auch nur durch einen Zufall. Es war nicht vorgesehen, daß wir davon erfahren, weil für die Celler wie für die RAF klar war, daß niemand von unseren Gefangenen diesen Weg mitgehen wird. Wir sollten vor vollendeten Tatsachen stehen, friß oder stirb. Genau in dieser Bedeutung: Wer dann nicht „mitmacht", bleibt für immer im Knast.

Die Täuschung ist nicht nur uns gegenüber gelaufen, sondern zu allen, die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden sind, solidarisch sind mit uns die Freiheit der Gefangenen erkämpfen wollen. Auf die eine oder andere Weise waren wir alle Einsatzmaterial im Deal.

Diesen Fahrplan schneiden wir jetzt ab. Die Situation muß für alle vollkommen klar sein, alles andere wäre verantwortungslos und politisch irre. Jede/r muß genau sehen können, was ist und wohin er oder sie jetzt will. Und für uns selbst geht es anders sowieso nicht weiter, wir könnten dann unser Leben und alle Erfahrungen in unserem Kampf gleich selbst zertreten.

Ich sage jetzt zuerst das zugrundeliegende Konzept für die Abwicklung und dann die Fakten, soweit wir sie kennen.

Ausgangspunkt ist die Überlegung, Kohl könne ein Interesse daran haben, sich vor den Wahlen als derjenige darzustellen, der die „politische Lösung" gebracht und 23 Jahre Konfrontation beendet hat. Deswegen wird rechtzeitig, bevor die Wahlstrategien festgelegt sind, an Kohl die Bereitschaft von seiten der RAF und der Gefangenen signalisiert und ein konkretes Angebot gemacht.

Außerdem sollen Personen in wichtigen gesellschaftlichen Funktionen über diese Bereitschaft informiert und darauf angesprochen werden, ihrerseits bei Kohl für eine solche Lösung einzutreten. Das langfristige Kalkül dabei ist, daß – falls Kohl auf nichts eingeht – diese Personen wissen, daß die RAF sozusagen nur noch gezwungenermaßen zur Konfrontation zurückkehrt. Ihnen gegenüber soll eindeutig vermittelt werden, daß allein der Staat für eine Fortsetzung von Aktionen verantwortlich ist. Die RAF wollte ja, aber Kohl nicht.

Eine eigene politische Bestimmung und Konzeption der RAF gibt es damit nicht mehr, alles ist nur noch darauf ausgerichtet, „Druck" zu machen, um die Abwicklung zu besseren Bedingungen zu kriegen. Wie es schon mit Weiterstadt war.

So oder so ist das das Ende der Politik, für die die RAF über 20 Jahre gestanden hat, revolutionäre Intervention in der Metropole. Und das war noch nie eine Frage der Mittel allein, sondern eine des Inhalts. Wo der Inhalt hingekommen ist, sehen wir daran, daß die bewaffnete Aktion heute als Ware definiert wird.

So weit das Konzept. Es gibt einen Vermittler bei der ganzen Sache, einen früheren Anwalt von uns. Er ist der Meinung, er tue damit was für uns alle, und das sei sowieso unsere letzte Chance, jemals aus dem Knast zu kommen. Irmgard und ich haben mit ihm gesprochen, von ihm wissen wir jetzt auch den ungefähren Ablauf.

Als erster soll Edzard Reuter als führender Vertreter der Wirtschaft angesprochen werden. Das ist im Mai. Aber Reuter läßt sich nicht sprechen, der Vermittler kommt nur bis zum Sicherheitschef durch. Erst nachdem er zu „Benz" vom Verfassungsschutz geht und dessen Behörde über den Zweck informiert ist und grünes Licht gibt, bekommt er Reuter ans Telefon.

Die von Karlheinz Dellwo fixierte Linie für das Gespräch ist, Reuter anzudienen, daß eine Beendigung des Konflikts RAF–Staat auch im Interesse der Wirtschaft sei, deren zentrale Leute mit zu den Hauptbetroffenen der Auseinandersetzung gehören. Ein Schlußstrich sei möglich, der Staat wolle jedoch weiter die militärische Lösung, was nur die Verlängerung des Konflikts bedeutet. Deswegen sei es notwendig, daß Wirtschaftsführer wie Reuter den eigenen Einfluß einsetzen, um eine Lösung zu forcieren.

Reuter ist abweisend, redet schließlich mit Schnarrenberger, später mit Kohl. Kohls Antwort ist negativ.

Das ist kurz vor Bad Kleinen.

Wolfgang wird erschossen, Birgit verhaftet. Steinmetz, der dem Staat die ganze RAF ausliefern sollte, fliegt auf.

Der Vermittler geht zu Birgit, um sich zu vergewissern, ob ihre und die Zustimmung der Illegalen auch jetzt noch besteht. Birgit ist einverstanden, daß er weitermacht.

Reuter wird erneut angerufen, das Ganze sei durch Bad Kleinen nicht überholt, nur noch dringlicher. Aber Reuter will nicht mehr und lehnt ab.

Als nächstes versucht der Vermittler, die Unterstützung von Ignatz Bubis zu gewinnen, und damit eine weitere Person, deren Einfluß und Gewicht dem Celler Konzept entspricht.

Bei einem weiteren Treffen sagt Bubis zu, Gespräche in Bonn in dieser Richtung zu führen. Beweggrund ist für ihn seine Einschätzung der politischehn Entwicklung in Deutschland, daß die Gefahr von Rechts so gravierend ist, daß der Staat sich ganz darauf konzentrieren muß.

Er spricht mit Schnarrenberger, Kinkel, Kohl. Sein Vorschlag, einen Besuch in Celle zu machen, um das Ganze von den Gefangenen selbst zu hören, wird von Kohl abgelehnt, der abwarten will, was sich aus den Ermittlungen nach Bad Kleinen ergibt, wie weit sie mit der Steinmetz-Ernte kommen. Kohls Interesse heißt Fahndungserfolg, nicht Abwicklung. Und damit sähe auch die Wirtschaft ihrem Interesse Genüge getan. Ein für Ende September angesetztes Gespräch von Bubis mit Kohl und Kanther findet ebenfalls nicht statt.

Das ist der uns bekannte Stand.

Wie die Abwicklung konkret vor sich gehen soll, wissen wir nur teilweise. Als Zeichen, daß der Staat auf das Angebot eingeht, soll er die Gefangenen, die am längsten in Haft sind, freilassen, Birgit nach Frankfurt verlegen, die übrigen Gefangenen zusammenlegen. Danach käme die „Gesamtlösung", die die Illegalen einschließt. Wir wissen nicht, was sie sich vorstellen, wahrscheinlich Legalisierung nach begrenztem Exil oder kurzem Knast oder was für die übriggebliebenen Gefangenen geplant ist.

Egal auch, sollen sie ihren Weg gehen, aber offen. Nicht indem versucht wird, andere für eine Sache zu benutzen, die wir weder überblicken können noch sollen.

Es ist jetzt keine Zeit mehr, viel zu schreiben. Aber kurz will ich noch etwas sagen.

Wir versinken nicht in Bitterkeit. Die Bitterkeit war im letzten Jahr, als sichtbar würde, daß die „Zäsur" für die RAF nicht die Öffnung zur Neubestimmung radikaler und revolutionärer Politik war, Suche und Kampf um die eigenen Vorstellungen, sondern der Schritt in die Anpassung und blanke Entpolitisierung. Das war nicht aufzuhalten, nicht weil sie nicht verstanden haben, wovon wir reden, sondern weil sie etwas anderes wollen. Sicher ist, daß revolutionäre Politik hier nur wieder Fuß fassen können wird in einer ganz neuen Entscheidung und im bewußten Bruch mit dieser Hinterlassenschaft.

Wir haben alle jetzt jede Menge zu sagen. Das kommt als nächstes. Sinn und Inhalt unserer Politik sind Teil unseres Lebens, eine untrennbar zusammengewachsene existentielle Einheit, und genauso kämpfen wir darum.

Brigitte Mohnhaupt für die Gefangenen aus der RAF in Lübeck, Köln, Frankfurt, Schwalmstadt, Frankenthal, Bruchsal, Aichach.



Wir dokumentieren zwei Erklärungen zur Urteilsverkündung gegen Ingrid Jakobsmeier, die eine stammt von ProzeßbesucherInnen aus Stuttgart, die andere von Ingrids Anwälten.

Kurzbericht von der Urteilsverkündung gegen Ingrid Jakobsmeier

Anwesend waren ca. 50 ProzeßbesucherInnen und viel Presse. Es begann gleich mit der Urteilsverkündung, "Im Namen des Volkes..." wurde Ingrid zu 15 Jahren Gesamtstrafe verurteilt, d.h. die neun Jahre werden angerechnet, so daß nächstes Jahr eine 2/3-Überprüfung ist. Verurteilt wurde sie für versuchten Mord im Falle Ramstein und Beihilfe zu versuchtem Mord im Falle Kroesen.
Nach dieser Urteilsverkündung blieb ein Teil der BesucherInnen stehen und sang mehrere Strophen aus der "Resulotion" Brechts, worüber Ingrid sich sehr freute (Breuker ingnorierte es einfach).
Es folgte die mündliche Urteilsbegründung, Breuker gab sich dabei viel "Mühe", so daß es ca. zwei Stunden dauerte. In der langen kriminalistischen Beweiswürdigung sagte er u.a., daß der Kronzeuge Beer sehr glaubwürdig war und sich in keiner Weise freikaufen wollte. Daß es u.a. deswegen nicht nachgewiesen werden kann, daß sie ganz konkret an der Ausführung der "Taten" beteiligt war. Dazu, daß Ingrid "nur" eine Zeitstrafe (die höchstmögliche!) bekommt und kein Lebenslänglich, führte er acht Punkte an: Die ersten waren u.a., daß die Ideen zu den Aktionen nicht von ihr stammten; daß die Strategie der Front schon vor ihrem Eintreten in die RAF entwickelt wurde; daß sie als "Neue" zwar an den Diskussionen/Planungen ... beteiligt, aber nicht mitbestimmend war, und noch ähnliches mehr. Wichtig ist der siebte Punkt: Darin bezog das Gericht sich auf Ingrids Erklärung von Anfang des Prozesses, aus welcher auch zweimal eine Stelle zitiert wurde: "Ich war in der Vergangenheit in der RAF organisiert ... ich werde in der Zukunft ausschließlich in einem persönlichen Lebenszusammenhang leben, dies gilt auch für die Zeit meiner Gefangenschaft." Breuker sagte dazu, sie hätte sich bisher zu den Zielen der RAF bekannt und auch im Knast entsprechend verhalten (z.B. Prozeßerklärung, Teilnahme am Hungerstreik ...), die Erklärung von ihr sei eine bedeutende Zäsur und nicht nur prozeßtaktisch zu werten ..., dies mindere ihre Gefährlichkeit. Zwar habe die BAW recht, daß Ingrid nichts zur weiteren Aufklärung beigetragen habe, deswegen bekäme sie auch keine weiteren Vorteile. Das Strafmaß messe sich aber nicht nur am Bestrafen, sondern auch an der Generalprävention, d.h. ob dadurch künftige Straftaten verhindert werden können. Dieses Urteil könne deswegen für jetzige RAF-Mitglieder ein Beispiel sein. Dazu wolle der Senat noch als achten Punkt sagen, daß dieses Urteil die konsequente Fortsetzung der seit drei bis vier Jahren gemachten Appelle aus Politik / Justiz / Polizei an die RAF ... sei, den Kampf aufzugeben.
Als Ingrid abgeführt wurde und wir uns von ihr verabschiedeten, rief sie uns noch zu, daß sie uns allen sehr danke.
Für die folgenden Prozesse heißt diese Urteilsbegründung, daß man, wenn man sich nicht wie Ingrid äußert oder sich distanziert von der RAF etc., mit einem Lebenslänglich zu rechnen hat.

ProzeßbesucherInnen aus Stuttgart

Stammheim, den 18.10.1993 :

15 Jahre für Ingrid Jakobsmeier !

Wesentliche Stütze dieser Verurteilung ist der Kronzeuge Henning Beer; so hat auch der zweite in einer Reihe von sogenannten Kronzeugenprozessen - nach der Verurteilung von Chr. Klar - sein drakonisches Ende gefunden.

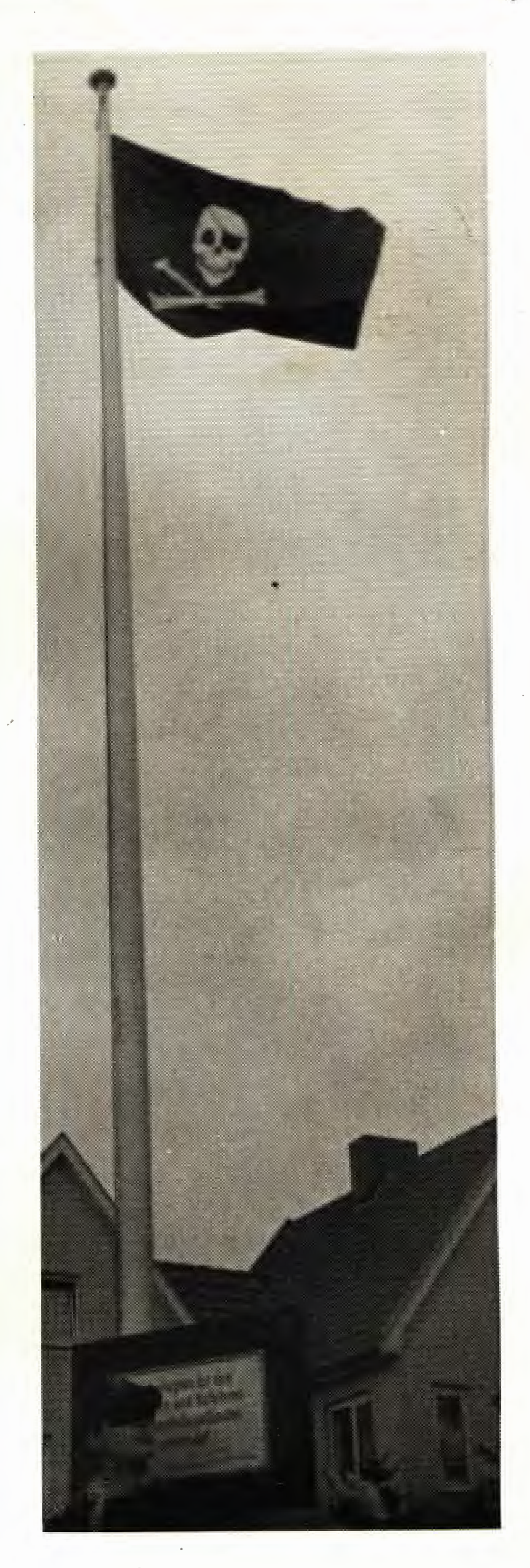
Die Verteidigung hat schon zu Beginn des Verfahrens gesagt : Mit einem Kronzeugen ist kein faires Verfahren möglich. Die nackten Zahlen sprechen für sich : Beer hatte für seine Person u.a. wegen vollendeten Mordes ein Lebenslänglich zu erwarten; das OLG Koblenz gab Kronzeugenrabatt, wandte darüberhinaus wohlwollend (milderes) Jugendstrafrecht an und gab ihm 6 Jahre, 6 Monate; weiteres Entgegenkommen in der Strafvollstreckung bescherten ihm jetzt die vorzeitige Entlassung nach Verbüßung der Halbstrafe von 3 Jahren, 2 Monaten. Jedem dürfte einleuchten, daß Aussagen, mit denen dieses Ziel erreicht werden kann, genau und nur von diesem Interesse bestimmt sein können; Kronzeugenaussagen besitzen für die "gerichtliche Wahrheitsfindung" keinerlei Wert.



Was Frau Jakobsmeier betrifft, so bestanden die Aussagen des Kronzeugen aus Mutmaßungen, Spekulationen und Schlußfolgerungen. Er mußte um seiner selbst willen Aussagen liefern - entsprechend war ihre "Qualität" : Frau Jakobsmeier kannte und billigte die Begehung auch schwerster Straftaten - das ist im Grunde genommen zusammengefaßt das, was der Kronzeuge konkret sagen konnte. Genau dafür, u.a., wird sie aber heute in einer Woche neun Jahre verbüßt haben. Die neuerliche Verurteilung stellt sich somit als verfassungswidrige Doppelbestrafung dar, Art. 103 GG.
15 Jahre Freiheitsstrafe - die höchste zeitige Strafe - auf der Grundlage der skizzierten dürftigen und vor allem fragwürdigen Beweissituation zeigen aber auch, insbesondere wenn man in der letzten Zeit mitverfolgt hat, mit welchen läppischen Strafen beispielsweise zu Tode geprügelte und verbrannte Asylbewerber "gesühnt" wurden, daß die BRD - Justiz den Kampf gegen links, hier gegen Gefangene aus der RAF, mit aller Härte fortsetzt. Der 18.10.1993 ist keineswegs Geschichte.

Dies wurde in diesem Verfahren nicht thematisiert. Unsere Mandantin hatte zu Beginn erklärt, daß sie sich aus ihrem bisherigen politischen Zusammenhang gelöst hat und nach neun Jahren Sonderhaft seit 1984 nicht mehr in der Lage ist, den Prozeß aus ihrer Geschichte adäquat zu führen; dazu fehlt ihr die notwendige Kraft. Ihre Verteidigung hat daher den Prozeß nüchtern und - vor allem - unpolitisch geführt. Das kann aber über seinen wahren Zweck nicht täuschen.

Rechtsanwalt Martin H., Hirschhorn
Rechtsanwalt Thomas S., Frankfurt



Bei der Knastkundgebung in Lübeck am 9.10.93 wird am Gefängnis die Totenkopfflagge gehißt

Demonstration am 9.10.93 in Lübeck für die bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller; ca. 1000 Menschen nahmen teil. Es fanden zwei Kundgebungen statt, eine in der Innenstadt und eine vor dem Knast, wo die Gefangenen - auch Irmgard Möller der Kundgebung in weiten Teilen folgen konnten. Beiträge wurden u.a. gehalten von Gabriele Rollnik und Monika Berberich, zwei ehemaligen RAF-Gefangenen und von Frau Barrabas, Mutter eines ehemaligen RAF-Gefangenen.

Kampagne für einen internationalen Kampftag:

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

Aus dem Aufruf des deutschen Initiativkreises **Libertad!**:

"Wir, die internationalen Organisationen, die sich in München getroffen haben, um am Kongreß '500 Jahre Kolonialismus und Widerstand' teilzunehmen, haben beschlossen, daß es notwendig ist, mit allen politischen, religiösen, humanitären, demokratischen, sozialen usw. Organisationen einen Dialog zu initiieren, mit dem Ziel, den 'Internationalen Tag der politischen Gefangenen' festzulegen und die Freiheit derselben zu fordern. Wir haben die Hoffnung, daß dieser Dialog schnell und wirkungsvoll geführt wird, und daß wir kurzfristig zu definitiven Übereinkünften über diese Initiative kommen können."

München, 6.7.1992 (Moviemento Liberation Nacional/Puerto Rico, National Democratic Front/Philippinen, FMLN/El Salvador, MLN-Tupamaros/Uruguay)

Die Idee, die Solidarität mit den Gefangenen weltweit an einem Tag zu manifestieren, ist nicht neu. Schon lange lebt sie in den Herzen und Hoffnungen von vielen - der Gefangenen selber, bei den Menschen aus Solidaritätsgruppen und immer wieder in Gesprächen der verschiedensten Bewegungen aller Kontinente. Die Hoffnung, in internationaler Verbundenheit und in gemeinsamen Kämpfen die Freiheit der Gefangenen zu erstreiten, wurde nie aufgegeben.

Unsere Initiative für eine internationale Kampagne entstand auf dem Kongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München. Dort fassten die VertreterInnen der genannten Organisationen unsere gemeinsame Diskussion zusammen. Mit GenossInnen aus Befreiungsbewegungen und Basisgruppen verschiedenster Länder nahmen wir uns vor, diesen Versuch zu wagen. Damit fangen wir jetzt an und geben die Gründung von **Libertad!**, dem deutschen Initiativkreis, bekannt. (...)

Wir gehen jetzt an die Öffentlichkeit, um die Idee des internationalen Tages vorzustellen und zu verbreiten. Die Initiative ist offen. Wir werden mit interessierten Gruppen gerne Informationsgespräche führen und Infoabende veranstalten, um die konkreten Überlegungen zur Weiterentwicklung und gemeinsamen Arbeit zu vermitteln. Längerfristig soll eine Struktur lokaler Komitees und bundesweiter Arbeitsgruppen von Libertad! entstehen. Für die erste Hälfte des nächsten Jahres planen wir eine öffentliche Arbeitskonferenz, um gemeinsam die weiteren Vorhaben zu besprechen und anzugehen.

Unser Ziel ist es, daß viele Menschen, Gruppen und Organisationen die Kampagne zu ihrer Sache machen - daß dieser internationale Kampftag für die Freiheit mithilft, das gesellschaftliche Klima zu verändern.

Wir wollen gemeinsam die Initiative ergreifen; gegen die Vernichtung unserer Geschichte, gegen die Vernichtung der Gefangenen, gegen die Zerstörung der Perspektive gesellschaftlicher Befreiung.

Für die Würde der Menschen, für die Freiheit, für die Einheit der Kämpfe!

Libertad!, Oktober 1993.

Kontakt: Libertad!, c/o 3. Welt-Haus, Westerbachstr. 40, 60489 Frankfurt/M.





Ermittlungen nach §129a gegen die Rote Hilfe

Wegen des Verdachts der Unterstützung bzw. Werbung für eine terroristische Vereinigung hat der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen die Rote Hilfe eingeleitet. Das Verfahren, bei dem die Staatsanwaltschaft am Landgericht Schleswig die Ermittlungen leitet, richtet sich gegen einen Artikel in der Ausgabe 2/93 der quartalsweise erscheinenden Rote Hilfe-Zeitung. In dieser Ausgabe wurde ein Beitrag zum High-Tech-Gefängnis Weiterstadt dokumentiert, das im April dieses Jahres von der Roten Armee Fraktion (RAF) gesprengt worden war. Nach Ansicht der Bundesanwaltschaft erfüllt dieser Beitrag der "Bunte Hilfe Darmstadt" den Strafbestand der "Werbung für eine terroristische Vereinigung"
Erst kürzlich erfuhr die Rote Hilfe von den laufenden Ermittlungen - durch polizeiliche Zeugenvorladungen eines aktiven und eines ehemaligen Bundesvorstandsmitgliedes. Aus den Zeugenvorladungen geht hervor, daß sich diese gegen "unbekannt" richten. Der von der Roten Hilfe beauftragte Rechtsanwalt Peter Tode stellt dazu fest, daß dieses Vorgehen - obwohl die Rote Hilfe-Zeitung einen presserechtlich Verantwortlichen nennt - nicht ungewöhnlich ist. Es scheint vielmehr, als seien diese Ermittlungen gegen "unbekannt" ein Versuch, die Strukturen der Roten Hilfe zu durchleuchten und Reaktionen zu testen. Dabei ist der Bundesanwaltschaft selbst die Konstruktion recht, daß jetzt ein Beitrag Anlaß für derart massive Vorwürfe bieten soll, der aus einer fünf Jahre alten Broschüre der "Bunten Hilfe Darmstadt" entnommen und entsprechend gekennzeichnet wurde.

Der § 129a hat sich in der Vergangenheit vor allem als Ermittlungsparagraph erwiesen, der den Sicherheitsbehörden hauptsächlich dazu dient, umfangreiche Informationen über linke politische Gruppen und Einzelpersonen zu sammeln. Nur in einem sehr geringen Prozentsatz führen Ermittlungen nach diesem Paragraphen überhaupt zur Erhebung von Anklagen.

Die Rote Hilfe ist eine bundesweite überparteiliche linke Schutz- und Solidaritätsorganisation, deren über 1000 Mitglieder durch ihre Mitgliedsbeiträge und Spenden Prozeßkostenunterstützung für AntifaschistInnen, AntiimperialistInnen und andere Menschen leisten, die für ihre politische Betätigung verfolgt werden. Außerdem unterstützt die Rote Hilfe politische Gefangene und geht durch Öffentlichkeitsarbeit gegen die strafrechtliche Einschränkung der politischen Betätigung und den stetig voranschreitenden Ausbau des Apparates der "Inneren Sicherheit" und seiner Befugnisse vor.
Bisherige Ermittlungen der Sicherheitsbehörden gegen die Rote Hilfe-Zeitung mußten eingestellt werden. Die Rote Hilfe wertet das aktuelle § 129a-Verfahren als erneuten Kriminalisierungsversuch ihrer Tätigkeit, der dazu dienen soll, Menschen vor einer passiven oder aktiven Mitgliedschaft in der Roten Hilfe abzuschrecken. Die Rote Hilfe braucht jetzt selbst die Solidarität, die sie ansonsten für andere organisiert. Sie appelliert an alle, die sich schon einmal mit dem Gedanken befaßt haben, Mitglied zu werden, dies jetzt zu tun, um den Staatsschutzbehörden zu demonstrieren, daß ihr Manöver zum gegenteiligen Erfolg führt.

Solidarität ist eine Waffe!

(Pressemitteilung der Roten Hilfe vom 4.10.93)

Adresse:
Rote Hilfe
Postfach 6444
24125 Kiel

Spenden-und Beitagskonto:
Postbank Dortmund
BLZ 44010046
Konto: 19 11 00-442





Das Info aus der Flora

Nummer 20, November 1993

"was nicht sein darf..."

"...weil nicht sein kann, was nicht sein darf!" - Die Verwaltung eines Mordes

Am 27. Juni 1993 wurde Wolfgang Grams durch GSG-9-Beamte in Bad Kleinen exekutiert. Seitdem versuchen die verantwortlichen Behörden und Dienststellen nach Kräften, die Version eines Selbstmordes aufzubauen. Wenn man die öffentliche Diskussion verfolgt, muß man zu dem Eindruck gelangen, daß dies nach über 4 Monaten nahezu gelungen sein dürfte. Dabei haben die staatlichen Verschleierer mit Erfolg auf das Kurzzeitgedächtnis der Öffentlichkeit gesetzt; Untersuchungsergebnisse, soweit sie vorliegen, wurden als endgültige Belege präsentiert, obwohl sie eigentlich immer nur Teilaspekte der Vorkommnisse betrafen und nie versucht wurde, sie in den Gesamtzusammenhang einzuordnen und so einen plausiblen Ablauf der Ereignisse aus staatlicher Sicht vorlegen zu können. Aber das wäre auch garnicht möglich, zu widersprüchlich bleibt das Bild, denn was im Detail "logisch" erscheint, macht in der Gesamtschau nur noch wenig Sinn.

"Die Zugriffslage ließ einen offenen Einsatz von Videotrupps nicht zu"

Die Ereignisse in Bad Kleinen ließen sich auf einen Schlag klären, wenn Videoaufzeichnungen des Einsatzes freigegeben würden. Die beteiligten Kräfte behaupten, daß bis auf einige "private" Aufzeichnungen keine relevanten Aufzeichnungen existieren würden. Das verwundert, denn bei den Observationen Birgit Hogefelds und Steimetz' war man mit der Videotechnik sehr eifrig dabei gewesen: am 24. Juni war ein Teil des Bahnhofs von Bad Kleinen durch eine Videofernüberwachung erfaßt, um das erste Zusammentreffen von Hogefeld und Steinmetz unauffällig zu observieren; die Ferienwohnung in Wismar, in der sich beide in den folgenden drei Tagen aufhielten, wurde ebenso mit Videokameras überwacht. Aber ausgerechnet die aus Sicht der Behörden spektakulärste Festnahme eines Mitgliedes der RAF-Kommandoebene seit Jahren, die seit dem 13. Mai '93 geplant wurde, soll nicht gefilmt worden sein? (Ursprünglich war die Polizei davon ausgegangen, nur Birgit Hogefeld festnehmen zu können, der geplante Abgriff an der Ferienwohnung wurde kurzfristig gestoppt, als klar wurde über Abhörsender, daß Hogefeld und Steinmetz noch "Freunde" treffen wollten). Die Antwort liefern die Sicherheitsbehörden selbst: sie sagen, ein **offener** Einsatz sei nicht möglich gewesen - die verdeckt gemachten Videoaufzeichnungen dürften daher wohl schon beiseite geschafft worden sein...

"Das Spurenmuster läßt sich widerspruchsfrei durch Selbstbeibringung erklären."

Glaubt man den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der Untersuchungen der Todesumstände von Wolfgang Grams, dann müßte es sich bei ihm um eine seelenlose Kampfmaschine gehandelt haben. Aus dem offiziellen Zwischenbericht der Bundesregierung: "...Unmittelbar nach Erreichen des Bahnsteiges drehte Grams sich um und feuerte auf die ihn verfolgenden Beamten. Er traf den ersten Verfolger, PK Newrezella, der seine Waffe noch nicht gezogen hatte, mit mehreren Schüssen.

(Newrezella hatte die Aufgabe, zum Schein den V-Mann Steinmetz zu verfolgen, ihn dann aber entkommen zu lassen; deswegen hatte er auch seine Waffe nicht gezogen, da er Grams für Steinmetz hielt) (...) Die übrigen Verfolger erwiderten nach den ersten (etwa drei) Schüssen, abgegeben von Grams, in Notwehr das Feuer. Ständig schießend bewegte sich Grams vom linken Stützpfeiler (am Kopf der Treppe) weg längs des Geländers und näherte sich der Bahnsteigkante am Gleis 4. Beamter Nr. 6 und Beamter Nr. 5 hatten unterdessen den Bahnsteig erreicht. Hier wurde der Beamte Nr. 5 von Schüssen des Grams getroffen und fiel an der Treppe auf den Bahnsteig. (Bis zu diesem Zeitpunkt ist Wolfgang Grams also noch von keiner Polizeikugel ernsthaft verletzt). Nach dem Schußwechsel suchte der verletzte Beamte hinter dem rechten Pfeiler der Treppe Deckung. Beamter Nr. 6 erreichte den linken Stützpfeiler und ging dort in knieender Stellung in Deckung. Die übrigen Verfolger feuerten aus dem Treppenaufgang auf Grams. (Die GSG-9-Beamten befinden sich schon jetzt in unmittelbarer Nähe zu Grams). Offensichtlich von einem Schuß getroffen, fiel Grams plötzlich von der Bahnsteigkante auf Gleis 4. (Dies ist der alles entscheidende Augenblick: in der offiziellen Version müßte Wolfgang Grams innerhalb der wenigen Sekunden, seitdem die Beamten den Bahnsteig erreicht haben, eine Steckschuß in den Oberschenkel, einen in den Bauch, sowie einen weiteren Streifschuß erhalten haben. Bei der von der Polizei verwendeten Munition handelt es sich um sog. Action-Munition, die einen "man stopping power"-Effekt hat, d. h. die Treffer bewirken einen Nervenschock, der neben den Verletzungen den Getroffenen handlungs- und bewegungsunfähig macht, er ist nicht mehr in der Lage, koordinierte Bewegungsabläufe auszuführen. Trotzdem hätte sich Grams in den folgenden 1 bis 2 Sekunden nur den Kopfschuß beibringen können, denn:) Beamter Nr. 6 stürmt vor, in kurzem Abstand gefolgt vom Beamten Nr. 8. Beide sicherten stehend in leicht vorgebeugter Haltung den im Gleis 4 liegenden Grams."

Alle GSG-9-Beamten versichern, keinen Selbstmord von Wolfgang Grams beobachtet zu haben, deswegen hatte Grams maximal 2 Sekunden Zeit , bis die Beamten an ihn herangestürmt waren, sich umzubringen, obwohl er eigentlich schon handlungsunfähig war: wer soll das glauben?? Die wahrscheinliche Version: als die heraufstürmenden Beamten den Bahnsteig erreichen, wird Wolfgang Grams von einem Streifschuß getroffen. Die Wucht des Treffers läßt ihn rücklings auf Gleis 4 fallen. Die Beamten 6 und 8 stürmen sofort heran; ein Beamter schießt stehend auf Grams und trifft ihn in den Oberschenkel und in den Bauch. Die Entfernung ist so groß genug, daß es nicht nach einem unmittelbaren Nahschuß aussieht. Der zweite Beamte begibt sich ebenfalls zum Verletzten, nimmt seine Waffe auf und verpaßt ihm einen aufgesetzten Schuß mit seiner (Grams') eigenen Waffe. Wie man das macht, so daß das "Spurenmuster widerspruchsfrei durch Selbstbeibringung" später zu erklären sein wird, werden die Jungs bei Schulungen befreundeter Killereinheiten des Auslandes (SAS z.B.) gezeigt bekommen haben.
Diese Version macht auch plausibel, warum der Beamte 6 die Waffe von Grams auf den Bahnsteig legte - nicht, um sie vor dem schwerverletzten und handlungsunfähigen Grams zu sichern, sondern um nach dem Kopfschuß überhaupt erklären zu können, warum er sie in den Händen hatte.

"... was nicht sein darf."

Wissenschaftlich belegte Theorien besagen, daß Aussagen von Zeugen höchst subjektiv sind und oftmals das Bild tatsächlicher Ereignisse stark verfälschen. Soweit die Theorie. In Bad Kleinen gibt es eine Zeugin für den Mord an Wolfgang Grams. Sie hat einen Mann, der neben Wolfgang Grams stehend auf ihn schoß, beobachtet später einen zweiten, der ebenfalls aus unmittelbarer Nähe auf ihn schoß. Das sagte sie schon am 27. Juni aus. Die späteren Obduktionsbefunde und die möglichen tatsächlichen Abläufe um die Tötung von Grams haben die Aussage der Zeugin nicht relativiert, sondern vielmehr erhärtet bzw. im höchsten Maße plausibel gemacht. Doch davon ist in den Verlautbarungen nichts mehr zu hören. Es wird versucht, stattdessen mit dem Anstrich objektiver Wissenschaft das gewünschte Ergebnis, nämlich Selbsttötung, herbeizuforschen und die Wahrnehmungen der Zeugin als Täuschung und unglaubwürdig zu qualifizieren. So liefert z.B. das Rechtsmedizinische Institut der Uni Münster durchaus eine Version, wie ein aufgesetzter Kopfschuß durch einen Beamten beigebracht werden kann und es doch nach einem Selbstmord aussieht: Die Waffe wäre dann in vertikaler Lage fixiert gewesen, beim Schuß wäre die Waffe dann augenblicklich in die Horizontale gebracht worden (was beim Rückstoß der Waffe allerdings nicht einfach ist) und dabei gleichzeitig eine Griffschale freigegeben worden. Die Untersuchenden:"Die Entstehung des Spurenmusters an der Waffe (...) ist auf diese Weise nicht denkbar." Was nicht denkbar ist für im staatlichen Auftrag untersuchende Stellen, ist nun einmal nicht allein deshalb unmöglich!
Das Interesse der Vertuschung ist das eine Motiv, offenes Desinteresse an Menschenleben - erst recht, wenn sie sich als politische Gegner erweisen - das andere, um einen Mord zum Selbstmord umzubiegen. "Daß da mal etwas schiefgehen kann, das macht doch aus einem Einsatz kein Desaster. Sachlich untersucht, bleibt festzustellen: Eine Terroristin wurde festgenommen. Ich sage nicht mutmaßliche, sondern es ist eine Terroristin in meinen Augen, fertig. Der zweite Terrorist starb nach einem Schußwechsel, na und? Was ist daran ein Desaster?" Der da so sprach, versteht sein Geschäft, Ulrich Wegener, erster Chef der GSG-9 in einem Focus-Interview vom August. Man ahnt plötzlich, wem Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams am 27. Juni 1993 gegenüberstanden. Und auch, daß die tatsächlichen Umstände des Todes von Wolfgang Grams wohl erfolgreich vertuscht werden können!

P. Falk




Das Info aus der Flora

Nummer 20, November 1993

MEK - bei Anruf Mord

Der "Blick in die neuere Geschichte der BRD-Repressionsorgane zeigt (...): Mitglieder des Staatssicherheitsapparates richten schon mal in eigener Regie mangels formalrechtlicher Grundlage Menschen hin. Der Deckung aus (innen-)politischen Kreisen dürfen sie sich sicher sein. Und erst recht dann, wenn ihre Opfer weniger 'prominent' sind, bzw. 'nur' einfache Kriminelle, die in der Dunkelheit eben die falsche Bewegung gemacht haben." Diese Einschätzung aus der ZECK Nr. 17 ("Über die Liquidationsphilosophie dieses Staates") hat sich jüngst in Hamburg auf traurige Weise bewahrheitet: Am 19. Oktober wurde der 28-jährige Robert Korcz durch zwei Beamte des Hamburger MEK (Mobiles Einsatzkommando) erschossen. Er war in das polnische Konsulat eingedrungen, bewaffnet mit einer Handgranate, um sich seines Unmuts über eine Geldbuße durch ein polnisches Gericht zu entledigen - für die Hamburger Polizei eine "besondere Gefahrenlage", die den Einsatz des MEK notwendig machte.

Was dann anrückte, war eine Spezialeinheit, die sich treffend mit "viel Panzer, wenig Hirn" charakterisieren ließe. Wie die Sondereinsatzkommandos der Schutzpolizei (SEK) sind sie auf "Zugriffstechniken" unter Anwendung modernster Waffen und Einsatzmittel trainiert, darüberhinaus sollen sie auch komplizierte Observationstechniken beherrschen, die selbst von professionellen Tätergruppen nicht erkannt werden (so in etwa das Selbstbild dieser Sondereiheiten). Eine dieser komplizierten Observationstechniken bestand am 19.10. offenbar darin, sich in martialisch-militärischer Ausrüstung ständig im unmittelbaren Blickfeld Korcz' zu postieren - Deeskalation auf hanseatische Art? Die "Nichtpolizisten" hatten die Situation souveräner im Griff: der polnische Generalkonsul sprach sich gegen einen Einsatz der Polizei aus, ein Diplomat aus Polen war auf dem Weg nach Hamburg, um von Korcz' geforderte Gespräche mit ihm zu führen, eine polnische Dolmetscherin stand im ständigen Kontakt mit dem Besetzer. Und die Zeit lief ohnehin gegen Korcz, denn nachdem er um zwei Uhr nachts in das Gebäude eingedrungen war und sich der Sektvorräte bemächtigt hatte und stark alkoholisiert und übermüdet war, hätte man getrost nach 15 Stunden noch ein Weilchen warten können, bis er aufgegeben hätte oder einfach eingeschlafen wäre. Stattdessen entschloß sich das MEK, nachdem einige Möbel aus dem Fenster flogen, und Korcz kurzfristig das Gebäude verlassen hatte, zum tödlichen Einsatz: in einem angeblich günstigen Augenblick sollte ein speziell trainierter Hund Korcz anfallen und er so überwältigt werden - das Viech tapste in eine Scherbe, jaulte auf, Korcz bemerkte die Polizisten und griff zur (vorher bereits gesicherten und weggelegten) Handgranate. Daraufhin schossen zwei MEK'ler dreimal auf Korcz. Der erlag wenig später seinen Verletzungen.

"Es ist ein sachliches Gespräch mit ihm. Er macht keinen geistig verwirrten Eindruck, eher einen naiven" wird am nächsten Tag der Polizeipressesprecher zitiert - warum dann die tödliche Eskalation?

Robert Korcz war mit einer Handgranate bewaffnet. Die Polizei hatte das Areal abgesperrt. Eigentlich hat Korcz sich selbst am meisten gefährdet. Aber wer in diesem Land aus der Reihe tanzt, gefährdet sich auf eine spezielle Art: der hochgerüstete Sicherheitsapparat nimmt nicht Menschen wahr, sondern 'denkt' in den Rastern von funktionaler Normalität und strafwürdiger Abweichung; die Bestrafung nehmen Polizeikräfte gern selbst wahr. Sei es, daß eine 16-E-Schicht sich prügelnd durch den Stadtteil bewegt, Bremer Polizisten MigrantInnen auf ihrer Revierwache mit Foltermethoden drangsalieren, USK-Kommandos "linke Chaoten" in Bayern aufmischen oder GSG-9-Beamte "Terroristen" gleich am Festnahmeort exekutieren. In dieser Reihe steht der MEK-Einsatz vom 19. 10.; es ging nie um eine Lösung, die Robert Korcz eine Chance gelassen hätte, sondern um die "Eliminierung" einer die Normalität außerkraftsetzenden öffentlichen Störung. Das beinhaltet logischerweise ein Vorgehen, das die Störung möglichst effizient beseitigt, da zählt ein Menschenlaben nicht mehr viel, der Todesschuß wird zum Einsatzmittel und Teil des Festnahmekonzeptes.

Eine Handgranate **kann** gefährlich sein, die Konfrontation mit Polizeisondereinheiten **ist** lebensgefährlich, mitunter tödlich - jemand hätte das Robert Korcz sagen müssen ...

H. Tappert

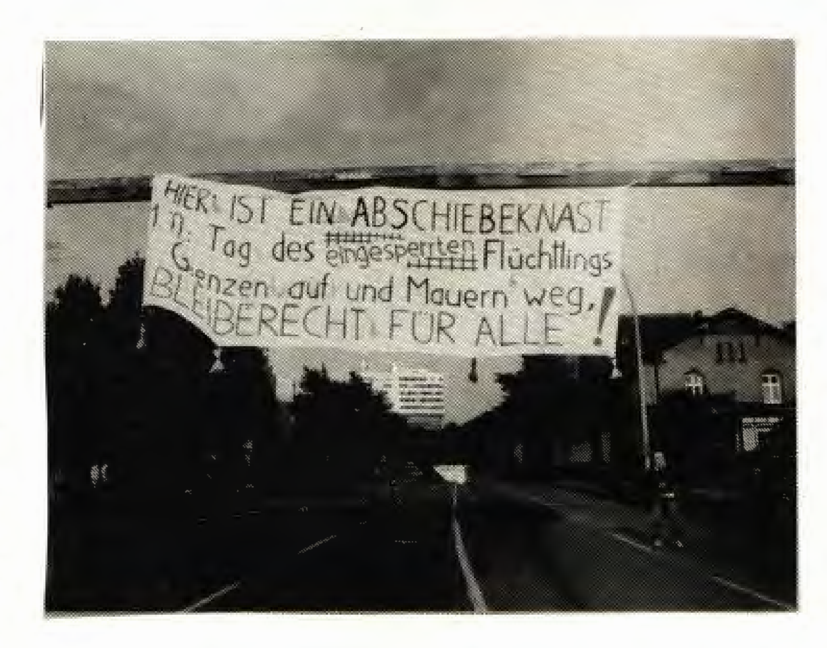




Tag des eingesperrten Flüchtlings

1.10. - Tag des eingesperrten Flüchtlings

Seit dem 1. Juli gelten die neuen Asylgesetze. Mit ihnen ist das Recht auf Asyl in der BRD praktisch nicht mehr existent. Die Liquidatoren erweisen mit Stolz auf die Statistiken, die einen Rückgang der Asylantragstellungen im 3. Quartal 1993 um über 60 % gegenüber dem gleichen Zeitraum 1992 aufweisen (Frankfurter Rundschau, 6.10.93). Die für die "Erstaufnahme" eingerichteten Sammellager für Flüchtlinge leeren sich zusehends.
Kein Wunder ! Durch die sogenannte Drittstaatenregelung im neuen Grundgesetzartikel 16a können Flüchtlinge, die aus einem EG-Staat oder einem anderen Nachbarland der BRD einreisen, nicht mal mehr einen Asylantrag stellen. Ihnen kann die Einreise schon an der Grenze verweigert werden. Eine inhaltliche Prüfung ihres Asylbegehrens findet nicht statt. Aber auch für die, die zumindest einen Antrag stellen können, sind die Chancen, Asyl zu erhalten, so gut wie Null: Kurze Fristen, diverse "Mitwirkungspflichten" und der Zwang, gegenüber den "Anhörern" (besser Verhörern) des Bundesamtes sofort alle Details im Zusammenhang mit ihrer Flucht offenzulegen, lassen erkennen, daß die Ablehnung des Asylantrags oberstes Ziel dieses Verfahrens ist. Die Folge: Abschiebung ! Für viele besteht die einzige Möglichkeit, zumindest eine gewisse Zeit hier bleiben zu können, deshalb offenbar nur noch darin, sich nicht bei den Behörden zu melden. Sie leben dann illegalisiert und ohne jegliche Rechte hier, und auch ihnen droht im Prinzip jederzeit die Abschiebung. Aber sie können sich immerhin die Asylantragstellung unter Verschweigen von Fluchtweg und Aufenthaltsdauer in der BRD vorbehalten.
Zur Aufrechterhaltung der "Mauer um Westeuropa", an der z.Z. so kräftig gebaut wird, werden Menschen massenhaft abgeschoben. Dabei sind nicht nur AsylbewerberInnen von Abschiebungen betroffen: schon der Bezug von Sozialhilfe kann ein Ausweisungsgrund sein.
Menschen ohne deutschen Paß können aufgrund von Straffälligkeit ausgewiesen werden, ebenso Ehefrauen (und manchmal -männer), die keinen eigenen Aufenthaltsstatus haben und in ihrer Ehe nicht mehr leben können und/oder wollen. Auch wenn jemand sich schon lange hier aufgehalten hat, z.B. weil er oder sie hier als Bürgerkriegsflüchtling geduldet wurde, kann die Abschiebung manchmal schnell erfolgen. So kommt es in letzter Zeit häufig vor, daß Flüchtlinge Freitags auf die Ausländerbehörde bestellt werden, um dann gleich in Abschiebehaft genommen zu werden, weil ihr Aufenthaltsstatus nicht weiter verlängert wird. Freitags ist es kaum noch möglich, eine AnwältIn zu erreichen, und so verschwinden viele Flüchtlinge einfach, ohne daß es zunächst jemand bemerkt. Die Möglichkeit, Personen abzuschieben, ist unabdingbar für eine Politik, die manchen Menschen (StaatsbürgerInnen) grundsätzlich das Recht gibt, sich in diesem Lande aufzuhalten, anderen Menschen ("AusländerInnen") hingegen bestenfalls eine widerrufbare Genehmigung dazu, meist hingegen noch nicht einmal das. Jede Politik, die nicht "Bleiberecht für Alle" einräumt, bedarf des Mittels der Abschiebung. Umgekehrt: Eine uneingeschränkte Forderung nach einem Ende der Abschiebungen, nach dem Verbot, Menschen gegen ihren Willen außer Landes zu bringen, ist der Forderung "Bleiberecht für Alle" gleichbedeutend. Da eine bleibeberechtigte Gruppe ohne auch sonst gleiche Rechte nicht denkbar erscheint, bricht damit das ganze Konzept der Staatsbürgerschaft zusammen - heraus kommen "Offene Grenzen" und "Keine Sondergesetze für Nicht-Deutsche". Auch aus Hamburg werden natürlich Menschen abgeschoben und vorher in "Abschiebehaft" genommen, etwa, bis ein Flug in ihre "Heimat" geht.



Bisher wurden die Abzuschiebenden in der JVA Suhrenkamp eingesperrt (Bürgerschaftsdrucksache 14/3776 vom 2.4.93), aber offenbar reichten die dortigen Plätze nicht mehr aus, da im Gefolge der Asylrechtsabschaffung die Zahl der Abzuschiebenden stieg. Die Justizbehörde plant daher den Bau spezieller Abschiebehafteinrichtungen, zunächst Container für 80 Abschiebehäftlinge im Knast Glasmoor (Hamburger Abendblatt, 13.8.93). Zumindest als "Übergangslösung" werden Menschen aber auch im UG (Untersuchungsgefängnis) Holstenglacis eingesperrt (HA, 13.8.93, damals dort 30 Plätze für Abschiebehäftlinge). Der 1.10. ist Tag des Flüchtlings, angeregt vom UNHCR (UN-Flüchtlingshochkommissariat). Es kann davon ausgegangen werden, daß sich auch am 1.10.93 Abschiebehäftlinge im UG befanden. Ein Teil der Flüchtlinge erlebte "ihren" Tag also dort hinter Gittern. Gegen Abschiebehaft und Abschiebungen - natürlich nicht nur am 1.10., sondern immer - richtete sich der Protest der Aktionsgruppe gegen Krieg und Militär am Tag des Flüchtlings. Über der Straße Holstenglacis erheben sich mehrere metallene Träger, errichtet von freundlichen StraßenbauerInnen zu unklaren Zwecken. Der vorderste von ihnen steht unweit der Kreuzung Holstenglacis/Vor dem Holstentor, direkt bei Strafjustizgebäude und UG. Mehr als fünf Meter hoch, lädt er geradezu zur Befestigung eines Transparentes ein. Das Transpa sollte sich von selbst oben halten, wozu ein System aus Wurf-, Zug- und Halteseilen entworfen worden war. Während das Transpa aufgehängt wurde, sperrten kleine Menschengruppen mit Transparenten die Straße ab und begannen, Flugblätter zu verteilen.

Die nach einiger Zeit eingetroffene Polizei hielt sich erfreulich zurück und ließ die AktionsteilnehmerInnen gewähren. Nach 20 min erschien allerdings ein Feuerwehrwagen und dessen diensteifrige Besatzung schnitt von ihrer Leiter aus das große Transpa herunter. Trotz des eher mäßigen Erfolgs der Aktion - die informierte Presse war nicht erschienen und EmpfängerInnen für unsere Flugis waren nicht sehr zahlreich - halten wir diesen Ort für geeignet, um auf das Unding der Abschiebepraxis hinzuweisen. Wenn, wie gesagt, die StraßenbauerInnen schon so freundlich waren, solch einen schönen Träger aufzubauen, sollte der vielleicht öfter von dieser oder jener Gruppe genutzt werden.

Aktionsgruppe gegen Krieg und Militär/GAB





Nummer 20, November 1993

betr.:Asylabschreckungs-und Abschiebegesetzte

DAS NEUE ASYLVERFAHRENSGESETZ ZEIGT WIRKUNG

Seit dem 1. 4. 93 ist das neue AsylverfahrensG inkraft, dessen Ziel es ist, möglichst vielen Flüchtlingen das Asyl in Deutschland zu verwehren: Abschiebungen schon an der Grenze in ein "sicheres Drittland"; bei Asylantragstellung innerhalb der Grenzen Deutschlands Sortierung nach "offensichtlich unbegründeten" Anträgen und solchen, die im Asylverfahren überprüft werden sollen; Flüchtlinge der ersten Kategorie werden innerhalb weniger Wochen abgeschoben.
Wie - im Sinne der Herrschenden - günstig sich das neue Gesetz auch in Hamburg auswirkt, geht aus einer Information der Staatl. Pressestelle der FHH von Anfang September 1993 hervor:
- nur noch ca. 20 % der Antragsteller erhalten ein "normales" Asylverfahren, die restlichen Anträge werden als unbegründet eingestuft und die AsylbewerberInnen schnellstmöglich - binnen 6 Wochen - abgeschoben
- nur noch 2,6% statt bisher 5% der in Deutschland ankommenden Asylbewerber müssen in Hamburg als Erstaufnahmen untergebracht werden
- die 4 für die Erstaufnahme beschafften Containergefängnisse im Hafen werden nicht mehr alle benötigt, eines wird jetzt mit Bosnienflüchtlingen vollgestopft, weil deren Unterbringung in Hotels zu teuer wurde
- die vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge "abgearbeiteten Asylanträge" (O-Ton Pressestelle) hat sich in den ersten 7 Monaten dieses Jahres fast verdoppelt
- die Zahl der asylsuchenden SozialhilfeempfängerInnen in Hamburg hat ebenfalls wunschgemäß abgenommen: zu den Stichtagen 31. 3. 93 und 30. 6. 93 von 26.600 auf 22.830 Personen.
Besonderes Augenmerk legt die Sozialbehörde auf die Senkung der Unterbringungskosten: raus aus den Hotels und Pensionen, rein in - tendenziell nur noch - Pavillondörfer "in Holzbauweise", von denen es derzeit 9 gibt und weitere 17 in Planung bzw. im Bau sind. Eine "kostengünstige Unterbringungsform, die sowohl im Hinblick auf das Zusammenleben der Bewohner untereinander als auch mit der Bevölkerung in der Nachbarschaft besonders geeignet ist" - woher die Staatl. Pressestelle diese Erkenntnisse nimmt, bleibt im Dunkeln.

DAS "LEBEN" IM PAVILLONDORF
Tatsächlich sieht es in einem Hamburger Pavillondorf so aus: 10 Häuser billigster Bauart, 2-geschossig, in jeder Etage 6 ca. 12 qm große Räume, in denen jeweils in der Regel 3 Menschen untergebracht sind; pro Etage (d.h. für 18 Menschen) 1 Küche, je 2 Duschen, Toiletten und Waschräume. An den Häusern keinerlei Schutzvorrichtungen - z. B. Jalousien - gegen Überfälle, lediglich Rauchmelder. 1 Öffentliche Telefonzelle pro Dorf, die aber häufig nicht einsatzfähig ist, weil kaputt oder der Münzapparat voll ist. Verbot, in den Häusern einen eigenen Telefonanschluß legen zu lassen; Verbot, Satellitenschüsseln aufzustellen, so daß das jeweilige Heimatfernsehen nicht empfangen werden kann; Verbot, die unterkunftseigenen Möbel gegen eigene auszutauschen. Warmes Wasser nur während abgezählter Abend- und Nachstunden (wird aus disziplinarischen Gründen zuweilen von der Unterkunftsleitung auch schon einmal ganz abgestellt). Der im Verwaltungsgebäude liegende und von Personal der Behörde betriebene Waschmaschinenraum ist nur begrenzt nutzbar: so z.B. steht in einigen Dörfern drei (nicht verwandten) Erwachsenen, die zusammen 1 Zimmer bewohnen, pro Woche zusammen nur 1 Stunde Waschmaschinenbenutzung zu; ein Ehepaar mit 4 Kleinkindern, die zusammen 2 Zimmer bewohnen, dürfen die Waschmaschine 2 Stunden pro Woche nutzen.
Das in den Dörfern eingesetzte Personal wird ungeachtet seiner rassistischen Auffassungen eingestellt und entsprechende Verhaltensweisen und Reden sind nicht geahndeter Alltag.



Hinzu kommen neben den regelmäßigen Besuchen durch den "freundlichen Bullen von nebenan" (Kontaktbereichsbeamter) in voller Montur und Sixpack häufige Razzien der Polizei, die vorgeben, auf der Suche nach Diebesgut, Drogen oder illegalen Flüchtlingen zu sein. So z.B. geschehen am 12. Oktober 1993 in einem Bergedorfer Pavillondorf, wo die Schergen mit 10 Streifenwagen, 1 Hubschrauber und 1/2 Hundertschaft auftauchten, um 12 "illegale Rumänen" zu jagen, z. T. quer durchs Gelände neben dem Dorf bis zur nahe gelegenen Autobahn. Die BewohnerInnen beobachteten stundenlang z.T. völlig erstarrt dieses Kesseltreiben; viele von ihnen kommen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten und sind nach Zerstörung ihrer Dörfer und Ermordung ihrer Familien und Nachbarn bei von Hubschraubern begleiteten Militärangriffen aus ihrer Heimat geflohen. All dies interessierte die Schergen ebensowenig wie die Tatsache, daß die in der Umgebung lebende deutsche Bevölkerung jeden Fall von Polizei-Präsenz genau registriert, um sich in ihrem Urteil "Alles Kriminelle" bestätigt zu fühlen.
Soweit ein wenig zu den guten Bedingungen für das Zusammenleben der Bewohner.

Soweit bekannt haben die schönen "Dörfer in Holzbauweise" bislang auch keineswegs dazu beigetragen , ein gutes Zusammenleben mit der Bevölkerung in der Nachbarschaft zu fördern. Zuhören sind da eher Klagen über die "luxuriöse Unterbringung" oder die "Stromverschwendung von unseren Steuergeldern", wenn auf dem Dorfgelände die Straßenbeleuchtung die ganze Nacht brennt.
Hingegen zeigen die Faschisten Präsenz in den Dörfern: am Wahlsonntag besuchte die DVU eines der Dörfer, ausgestattet mit ausländerfeindlichem Transparent und ebensolchen Parolen; der anwesende Wachdienst übersah den Aufmarsch geflissentlich. In einem Lohbrügger Pavillondorf, in dem Aussiedler wohnen, rekrutieren die Faschisten das Jungvolk, dort konnte zur feierlichen Eröffnung vor einigen Monaten auch Christian Worch unter den Besuchern ausgemacht werden.



Sozialamt Altona

Das Sozialamt Altona - vorbildlich in der Schikane von Asylbewerbern
Bis zum Oktober d.J. konnten die Sachbearbeiter des Sozialamtes Altona nach ihrem Ermessen entscheiden, ob den AsylbewerberInnen von den Schiffen für Bekelidung Bargeld gezahlt wurde oder ob sie an die (Gebraucht)Kleiderkammern der Freien Wohlfahrtsverbände verwiesen wurden. Man entschied sich für letzteres und damit für das folgende erniedrigende und schikanöse Verfahren: Der Flüchtlimg wurde nach z.T. stundenlangem Warten auf dem Sozialamt mit einem Berechtigungsschein zur Vorlage bei einer Kleiderkammer versehen für z.B. "Ein Paar Schuhe gebraucht"; waren die benötigten Schuhe nicht vorhanden, mußte der Flüchtling dieselbe Kleiderkammer noch zwei weitere Male aufsuchen, danach -. notfalls - noch zwei weitere in Altona gelegene Kleiderkammern, auch jeweils 3 x. Für jeden Kleiderkammer-Besuch stand dem Flüchtling eine Fahrkarte zu, so daß im Extremfall neun Rückfahrkarten finanziert wurden, eine Summe, für die fast schon ein Paar neue Schuhe zu kaufen sind.



Off Limits
- Antirassistische Zeitung

Seit dem 20.10.93 gibt es "Off Limits", eine antirassistische Zeitung nicht nur für Hamburg, herausgegeben vom Arbeitskreis Asyl Hamburg e.V., dem Flüchtlingsrat Hamburg und dem Antirassistischen Telefon Hamburg.
Die Zeitung soll der Information über Gesetzgebung und über die rassistische Praxis im Alltag Hamburger Behörden dienen aber auch als Ort, wo eine Diskussion über Rassismus und Antirassismus stattfinden kann.
"Off Limits" soll monatlich erscheinen, kostet 5 Mark und ist z.B. erhältlich im Schwarzmarkt, Schanzenblitz und der "Buchhandlung im Schanzenviertel".





Neues zum Asylbewerberlnnenleistungsgesetz

Zum 1. 11. 93 tritt das Asylbewerberlnnenleistungsgesetz inkraft (die ZECK berichtete). Es schränkt drastisch die Leistungen für all die Asylbewerberlnnen ein, denen es trotz des neuen Asylverfahrensgesetzes (s. Artikel in dieser Ausgabe) gelungen ist, in den letzten 12 Monaten einen Antrag auf Asyl zu stellen.
Die Hamburger Sozialbehörde hat es nicht geschafft, die vom Gesetz für den o. g. Personenkreis vorgeschriebenen Sachleistungen statt Geldleistungen zu einem für die Behörde vertretbaren Preis zur Verfügung zu stellen, so daß auch weiterhin Geld für Lebensmittel ausgezahlt werden muß.
Die Verhandlungen mit Firmen, die sich an der Lebensmittelversorgung der Asylbewerberlnnen eine goldene Nase verdienen wollen, laufen jedoch auf Hochtouren. So ist dem Landessozialamt z.B. von der niedersächsichen Firma "Team 2000" ein Angebot unterbreitet worden über ein Paket, das den wöchentlichen Lebensmittelbedarf für 1 Person enthalten soll sowie 2 Fertigmahlzeiten. O-Ton "Team 2000": "Natürlich bedenken wir dabei das Problem Moslem/Nicht-Moslem, sonst landet das Essen ja doch nur auf dem Müll. Mehr als 2 Fertigmahlzeiten wollen wir nicht anbieten, Asylbewerberlnnen haben ja den ganzen Tag Zeit und können sich dann wenigstens mit Kochen beschäftigen". Dieselbe Firma versuchte übrigens kürzlich, der Hamburger Verwaltung einen Schwung Bosnien-Flüchtlinge abzuschnacken, um ihre angesichts zurückgehender Asylbewerberlnnenzahlen nicht voll belegte Großunterkunft in der Nähe von Lüchow wieder gewinnträchtig aufzufüllen.
Entgegen ersten Vermutungen teilt die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales nun Mitte September mit, daß einige einmalige Leistungen nun doch neben den nach dem Asylbewerberlnnenleistungsgesetz eingeschränkten Zahlungen möglich bleiben; diese sind aber alle gegenüber den eh schon mickerigen Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz noch einmal drastisch gekürzt. So wird z.B. die Pauschale für Kochgeschirr und Besteck um 20 DM gekürzt (jetzt 60 DM für den Haushaltsvorstand bzw. 30 DM für jeden weiteren Haushaltsangehörigen);; die Schwangerschaftsbekleidung wird gekürzt von 250 auf maximal 220 DM, bei Krankenhausaufenthalt, bei dem die normalen Zahlungen völlig wegfallen, ist das "Taschengeld" um gut ein Drittel geringer, der Ernährungsmehrbedarf für Schwangere sinkt von 82,80 DM auf 62 DM mtl.; die Babyausstattung für das erste Lebensjahr wird von max. 975 DM auf max. 750 DM eingeschränkt usw. usw.. Die Bekleidungspauschale entfällt ganz, die Asylbewerberlnnen müssen sich bei nachgewiesenem Bedarf mit gebrauchter Bekleidung zufrieden geben. Bekleidungs- und Bewirtungskosten anläßlich einer Beschneidungsfeier entfallen ebenfalls ganz.
Das Asylbewerberlnnenleistungsgesetz überläßt es den Bundesländern, in welchem Umfang einmalige Leistungen weitergewährt werden können; die Hamburger Kürzungsrate (20 - 50%) kann sich sicherlich "sehen lassen".
Bemerkenswert ist, daß die Behörde für Gesundheit, Arbeit und Soziales bislang keine Informationen darüber verbreitet hat, welche Leistungen jetzt den Asylbewerberlnnen , deren Asylantrag vor mehr als einem Jahr gestellt wurde; grundsätzlich sollen sie unter das Asylbewerberlnnenleistungsgesetz fallen, allerdings mit Anspruch auf Leistungen analog dem Bundessozialhilfegesetz. Gleichzeitig mit der Einführung des Asylbewerberlnnenleistungsgesetzes ist aber der § 120(2) Bundessozialhilfegesetz gestrichen worden, der die Sozialhilfeansprüche für Asylbewerberlnnen massiv einschränkend regelte; also wäre es logisch, wenn diese Gruppe der Asylbewerberlnnen die gleichen Sozialhilfeleistungen erhalten würden wie jede(r) "normale" Sozialhilfeempfänger/in. Dies würde z.B. das Recht auf medizinische Versorgung auch in den Fällen begründen, in denen eine unmittelbare Lebensgefahr nicht besteht oder Hilfe zur Pflege bei entsprechender Behinderung oder Haushaltshilfe bei entsprechender Krankheit und vieles mehr.
Die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales mag sich hierzu noch nicht äussern und macht keinerlei Anstalten, die für die Beratung der Asylbewerberlnnen zuständigen Mitarbeiterlnnen über die möglichen neuen Ansprüche der Asylbewerberlnnen zu informieren.

Faschistischer Brandanschlag gegen die Anti-Knast Werkstatt in Köln

Faschistischer Brandanschlag gegen die Anti-Knast Werkstatt in Köln

In der Nacht vom 23. auf den 24. September fand ein Brandanschlag auf die Räume der Anti-Knast Werkstatt in Köln -Nippes statt. So, wie der Brand gelegt wurde und angesichts der monatelangen Auseinandersetzungen mit Kölner Faschisten müssen wir davon ausgehen, daß der Brandanschlag aus dieser Ecke kommt.

Wir dokumentieren aus dem Flugblatt:

Seit über einem Jahr geben wir die Zeitung 'von unge' (von unten) heraus. 'von unge' versucht, mit linken Inhalten eine Leserschaft zu erreichen, die ansonsten 'Bild' oder 'Express' (Kölner Boulevardzeitung) liest. Wir bedienen uns einer ähnlichen Aufmachung wie diese Blätter. Die Sprache der Artikel soll einfach und populär sein, was noch nicht immer ganz gelingt. Wir denken, daß wir zumindest ein paar hundert Leute erreichen, die ansonsten nie eine linke Zeitung lesen würden. Im Juni hatten wir in der Zeitung eine Liste von Kölner FaschistInnen veröffentlicht. Nun ja, das machen linke Zeitungen haufenweise, und auch hier in Köln war die Liste schon in der Antifa-Zeitung erschienen. Dort hatte es aber offensichtlich niemand gestört. Als wir jedoch die gleiche Liste veröffentlichten, kamen zunächst einstweilige Verfügungen, die uns den Vertrieb der Zeitung verbieten wollten, dann Strafanzeigen, u.a. wegen 'Volksverhetzung'. Nachdem wir uns von diesen juristischen Machenschaften nicht einschüchtern ließen, begannen die Drohungen massiver zu werden. Es gab nächtliche Anrufe, FAP-Aufkleber an unserem Haus, 'wohlmeinende Warnungen'.

Wir meinen, daß gerade die Tatsache, daß sich 'von unge' an kleine Leute außerhalb der organisierten Linken wendet, ausschlaggebend für den Anschlag war. Schließlich fischen wir im selben Teich wie die Rechten, d.h. wir wollen verhindern, daß Leute in ihrer berechtigeten Unzufriedenheit mit dem herrschenden System sich den Rechten zuwenden, weil sie sich von 'der Linken' mit all ihrer Ghettohaftigkeit nicht verstanden und ernstgenommen fühlen.

Der Brand wurde zwar gezielt im Archiv der Zeitung gelegt. Dabei wurden jedoch auch die angrenzenden Werkstatträume unseres Selbsthilfeprojekts zerstört. Dies trifft uns existenziell.

Was ist die Anti-Knast-Werkstatt?

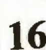
Die Anti-Knast-Werkstatt ist ein Selbsthilfekollektiv von ehemaligen Gefangenen und UnterstützerInnen. Gemeinsam ist uns die grundsätzliche Ablehnung sowohl der Strafjustiz, als auch des kapitalistischen Systems. (...)

Wir wohnen in einem Haus in der Kölner Südstadt. Dieses Haus ist das Ergebnis einer Besetzung. Genauer, wir waren früher in einem anderen besetzten Haus. Dort hat sich aber die Mehrheit von der Stadt einen Vertrag aufdrücken lassen, den wir als Ausverkauf von Häuserkampfpolitik gesehen haben. Wir haben deshalb diese Form von Legalisierung nicht mitgetragen. Ergebnis unseres Querstellens war jenes Haus in der Annostraße 88, welches uns als Ersatzhaus angeboten wurde. Dort haben wir jetzt Vertragsbedingungen, die zumindest mehr Selbstverwaltung zulassen, als der 'Ausverkaufsvertrag', den wir bekämpft haben. Außerdem haben wir in der Südstadt noch einen kleinen Laden, den wir als Info-Cafe und zur Zeitungsproduktion nutzen.

Finanziert haben wir das Ganze durch die Arbeit in unserem selbstverwalteten Betrieb. Dieser besteht derzeit (leider) immer noch ausschließlich aus einer Elektrowerkstatt, d. h. wir reparieren und verkaufen gebrauchte Elektrogeräte. In der Konzeption der Anti-Knast-Werkstatt ist zwar vorgesehen, daß weitere Betriebe entstehen sollen, aber bislang fehlen die konkreten Menschen, die sich zutrauen, andere Projektbetriebe aufzubauen. Durch die Vernichtung unserer Werkstatträume ist das gesamte Projekt gefährdet, nicht nur der Betrieb. Wenn wir keine Arbeitsmöglichkeit mehr haben, können wir auch nicht mehr das Wohnhaus, das Cafe, die Zeitung und unsere Anti-Knast-Arbeit finanzieren. Deshalb brauchen wir jetzt Hilfe.

Die Aufgabe: Eine Werkstatt für die Anti-Knast-Werkstatt

Seit einem halben Jahr verhandeln wir bereits mit der Stadt Köln über eine Fertighalle. Diese steht inmitten eines Wohngebiets und soll dort weg, weil da eine Kindertagesstätte hin soll. Wir haben bereits von der Bundesbahn eine aufgegebene Rampe gemietet. Dort soll die Halle aufgestellt werden.

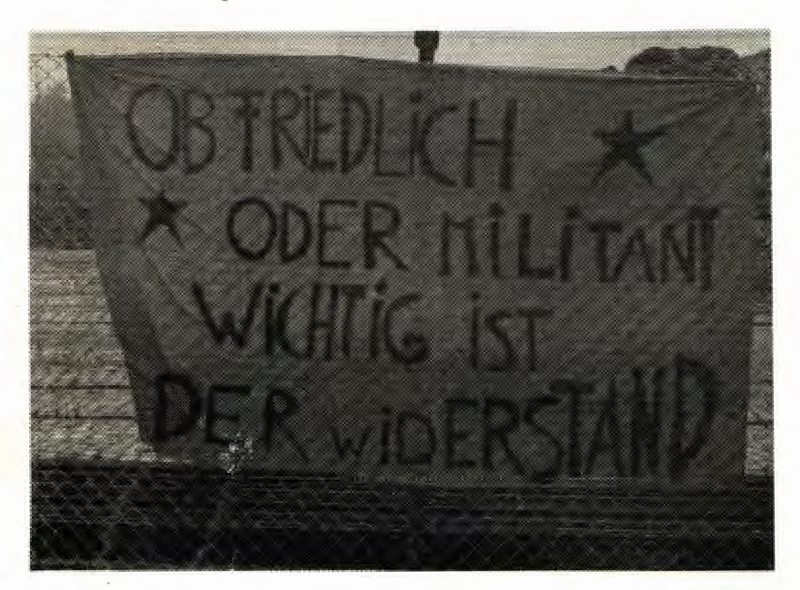




So könntet ihr uns helfen:
Einerseits brauchen wir Knete, um das mit der Halle bewerkstelligen zu können. Wir kriegen die ganze Summe nicht hier in Köln zusammen. Vielleicht gibt es ja in Euren Städten auch die Möglichkeit, mal ne Soliveranstaltung zu machen. Vielleicht wäre es nicht schlecht, die riesige Summe von 25000 Mark ein wenig aufzuteilen. (...) Falls wir die Summe zusammenkriegen, dann

Das Problem:
Die Umsetzung der Halle (mit Tieflader und Gedöns), sowie die notwendigen Anschlüsse (Strom, Kanal, Wasser) kostet ca. 140000 DM. Die Stadt ist bereit, davon 100000 DM zu übernehmen. Wir selbst können nur 15000 DM aufbringen. Es klafft also noch eine Lücke von 25000 DM. Ein weiteres Problem ist, daß die Aufstellung und der Anschluß der Halle irrsinnig viel Arbeit bedeutet, die wir alleine garnicht bewältigt kriegen. Da muß beispielsweise ein Graben für die Anschlußleitungen ausgehoben werden, d.h., da müssen viele Leute buddeln.

bräuchten wir auch Leute, die wenigstens mal ein paar Tage beim Aufstellen der Halle mithelfen. Wir fänden es gut, wenn dann aus den einzelnen Städten, die sich an der Spendenaktion beteiligen, wenigstens 1-2 Leute mal ein paar Tage zum Mithelfen vorbeikommen würden. Das wäre einerseits für uns eine praktische Hilfe und andererseits könnten die Leute ganz konkret in ihre Städte zurückvermitteln, was mit der Knete passiert ist. Wenn ihr Euch an der Aktion beteiligen wollt, dann meldet Euch bei der Anti-Knast-Werkstatt in Köln!
Tel.:(0221) 33 14 17 / 33 18 716. Spendenkonto: GIK, Postgiro Köln, BLZ 370 100 50, KTO 335219-502.
Solidisco am 3.12. in der Flora. Davor um 20 Uhr:Infoveranstaltung des AKW-Kollektivs und Film 'KomplizInnen'.



Aufruf zur Demo in Rostock-Groß Klein am 6.11.93,.... Uhr

In den letzten Monaten ist es in Rostock verstärkt zu Übergriffen auf AntifaschistInnen gekommen. Vor allem in den öden Neubaughettos, in denen die Faschisten schon lange die Straßen beherrschen und in denen sie sich sicher fühlen, verbreiten sie Terror gegen jede/n, die/der ihre braune Scheiße nicht mitmachen will. Brandanschläge, Überfälle, Morddrohungen und das Erpressen von Infos stehen dort auf der Tagesordnung. Linke und Andersdenkende werden eingeschüchtert und regelrecht aus ihren Wohnungen vertrieben.
Die MigrantInnen wurden verjagt, also wird sich ein neues Wirkungsfeld erschlossen. Offensichtlich geplante Aktionen lassen auf eine zunehmende Organisierung von Faschisten und rechten Sympathisanten schließen. Die Bildung einer sog. "Anti Terroreinheit" ("Gewalt mit Gegengewalt bekämpfen") läßt zudem Aktivitäten der Anti-Antifa in Richtung Wehrsportgruppen vermuten. Die wenigen verbliebenen Jugendklubs sind oft Ausgangspunkte für diese Aktionen. So darf Jugendarbeit nicht aussehen!

Dazu kommen verstärkte staatliche Repressionen gegen AntifaschistInnen, wie unbegründete Festnahmen, Durchsuchungen und körperliche Angriffe. Das Verhalten der Bullen während des Lichtenhagener Pogroms, der NOlympia-Aktivitäten und auch im Allgemeinen zeigt, daß wir von dieser Seite nichts gegen den Nazi-Terror zu erwarten haben.

Es reicht! Lassen wir den Faschisten nicht noch mehr Zeit und Möglichkeiten, als sie schon haben. Wir rufen deshalb alle, die auch vom braunen Dreck genug haben, zu einer Demonstration am 6.11.93 in Groß Klein, der Rostocker Fascho-Hochburg, auf. Es geht darum, die Nazis eindeutig zu warnen, daß wir uns diese Scheiße nicht länger gefallen lassen werden. Die Antifas wollen wir bestärken und ermuntern, nicht aufzugeben, sich gegen den Straßenmob zu wehren und sich nicht durch den Terror einschüchtern zu lassen. Die Demo soll der Anfang zu weiteren Aktivitäten in den Neubaughettos sein.

Es ist mit Angriffen der Faschisten zu rechnen, deshalb kommt so zahlreich wie möglich!!! Nur so können wir die Sicherheit gewährleisten, Stärke demonstrieren und zurückschlagen. Wichtig: vormittags ist ein Vorbereitungstreffen. Wäre schön, wenn ihr daran teilnehmt.

Die Gewalt kann vielleicht nicht mit Gewalt überwunden werden,
aber vielleicht auch nicht immer ohne Gewalt!

Infos/Kontakt: Aktionsbündnis Rostocker Antifagruppen
c/o Antifabüro
Doberaner Str. 6
18057 Rostock



Das Info aus der Flora

Nummer 20, November 1993

Flughafenprozesse

Zur Erinnerung :

Letztes Jahr am 27. November hatten sich ca. 600 MigrantInnen zum Abschied der Ermordeten von Mölln und zum Protest gegen Rassismus am Flughafen Fuhlsbüttel versammelt.
Am Flughafen war ein großes Polizei- und Bundesgrenzschutzaufgebot in voller Kampfmontur, die uns nicht in die Charterhalle reinlassen wollten. Dabei schlugen sie auf alles, was sich bewegte mit Schlagstöcken ein. Unter anderem auch auf Faruk Arslan, den Vater des ermordeten Mädchens Yeliz und der Sohn der ermordeten Frau Vahide Arslan. Es wurden viele von uns Versammelten brutal niedergeknüppelt. Von der Schußwaffe war Gebrauch gemacht worden. Von Innensenator Hackmann wurden wir als Extremisten, die die Särge entführen und den gesamten Flugverkehr lahmlegen wollten, öffentlich kriminalisiert.

Naci und Mülayim wurden verhaftet, andere wurden nach Protest wieder freigelassen. Alle Verfahren, die wir gegen bekannte und unbekannte Polizisten wegen Körperverletzung im Amt und Beleidigung, sowie gegen Innensenator Hackmann wegen politischer Verdächtigung stellten, sind in allen Instanzen allein aufgrund der bestreitenden Aussagen der Beschuldigten und ohne Berücksichtigung unserer Zeugen von der Staatsanwaltschaft eingestellt und Klageerzwingungsverfahren vom OLG wegen "Formalien" als unzulässig zurückgewiesen worden. Die Rechtswidrigkeit des Polizeieinsatzes ist vom Verwaltungsgericht noch nicht entschieden.

Urteile gegen Mülayim und Naci :

Gegen unsere FreundInnen und MitgliederInnen sind die ersten Urteile wegen angeblicher Körperverletzung, Beleidigung, Bedrohung und Wiederstand gegen die Staatsgewalt ergangen.

Gegen Mülayim ist das Verfahren heute durch Strafurteil mit einer Geldstrafe von 105 Tagessätzen a 55 .- DM (5.750 .- M + Prozeßkosten) überraschend abgeschlossen worden.
Obwohl die als Zeugen vernommenen Polizisten widersprüchliche Angaben zu den Ereignissen vor der Charterhalle gemacht haben und auch aufgrund dieser Zeugen angebliche Tritte und deren Zuordnung, sowie die Wahrnehmung von beleidigenden und bedrohenden Äußerungen wegen der Lautstärke der Menge kaum möglich war, wurden Entlastungszeugen der Verteidigung durch Richter Nix nicht zugelassen.

Unverständlich und eine Sauerei ist insbesondere das hohe Strafmaß.

Denn der Richter hat selbst vor Ablehnung des Beweisantrages der Verteidigung eine Beendigung des Verfahrens ohne Urteil, daß heißt durch einen Einstellungsbeschluß angeregt, dem die Staatsanwaltschaft Schwerin widersprochen hat.
Ferner wurde das Verfahren bezüglich des Vorwurfs "Widerstand gegen die Staatsgewalt" eingestellt.
Schließlich wurde eine angebliche Körperverletzung und Beleidigung gegen den Polizisten Hopp wegen Widersprüchlichkeiten und Unglaubwürdigkeit seiner Zeugenaussage nicht berücksichtigt.
Der Richter will mildernde Umstände, wie besondere psychologische Situation wegen der rassistischen Morde, daß Mülayim unbestraft und keine größere Verletzung stattgefunden habe (eine Polizistin konnte einen blauen Fleck in der Größe eines Fünfmarkstückes am Knie vorweisen) berücksichtigt haben.
Trotzdem ging er über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß von 90 Tagessätzen hinaus. Dies begründete er damit, daß eine Frau getreten worden sei. Es habe sich um eine unterlegene Person des "schwachen Geschlechts" gehandelt.
Eine Strafe von über 90 Tagessätzen kann für Mülayim, der Rechtsreferendar am hanseatischen Oberlandesgericht ist beruflich verheerende Konsequenzen haben. Ihm kann aufgrund der Strafe der Zugang zum 2. juristischen Staatsexamen verweigert werden. Dem Richter Nix war dieser Umstand bekannt. Dies kann eine mögliche Erklärung des unverständlichen Verhaltens des Richters sein.
Selbstverständlich werden gegen das Urteil Rechtsmittel eingelegt werden.Damit ist gegen einen zweiten Beteiligten der Protest- und Trauerversammlung am Flughafen bei der Überführung der ermordeten türkischen Frauen von Mölln ein Strafurteil ergangen.
Naci wurde bereits vorletzte Woche zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen von insgesamt 3.600 .- DM ebenfalls ohne Zulassung der benannten Entlastungszeugen vom Amtsgericht Hamburg wegen "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" und "Körperverletzung" verurteilt. Aufgrund Verstoßes gegen mindestens 7 Verfahrensmaximen des deutschen Rechts, hatte dort die Verteidigung die Einstellung des Verfahrens beantragt. Gegen dieses Urteil sind bereits Rechtsmittel eingelegt worden.
Ein drittes Verfahren (gegen Orhan) wird am 12. November 1993 um 11.30 h im Saal 192 des Stafjustizgebäudes am Sievekingplatz beginnen.
Somit sind wir an dem Ergebnis angelangt, welches wir am Anfang unserer juristischen Maßnahmen bereits wußten; nämlich daß gegen Rassismus und staatliches Unrecht, wir auf die Staatsorgane der Justiz nicht vertrauen und nichts erwarten können.

Presseerklärung des Volkshauses
Hamburg, den 26. 10. 93

Im Zeck-Ordner ist ein längerer Bericht zum Prozeß gegen Mülayim im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz am Hamburger Flughafen vom 27. 11. 92 anläßlich der Überführung der Toten des Möllner Brandanschlags in die Türkei.





Nummer 20, November 1993

Autonome Vorlesungsreihe zu Rechtsradikalismus und Rassismus

Rassismus als Kern moderner faschistischer Ideologie und Faktor heutiger BRD-Politik

Spätestens seit dem Fall der Mauer 1989 und der deutschen Wiedervereinigung sind Rassismus und Nationalismus Teil eines gesellschaftlichen Grundkonsens' geworden. Die aggressive Ausgrenzung des "Fremden", bis hin zu Morden an Flüchtlingen, MigrantInnen und allen Menschen, die sich nicht in das Raster des "Deutschen, dem Deutschland gehört" einfügen wollen, gehört zum Alltag des wiedervereinigten Deutschlands.
In dieser Vorlesungsreihe soll aufgezeigt werden, daß Rechtsradikalismus keine Randerscheinung ist, sondern das rechtes Gedankengut massiven Eingang in die politische Kultur' gefunden hat. Dazu gehört, daß die Neuen Rechten die Stimmungen von Teilen der Bevölkerung aufgreifen, aber auch, daß die sogenannten etablierten Parteien sich rechtsradikale Ansichten und Argumentationsmuster zu eigen machen, um, wie sie selber sagen, daß WählerInnenpotenzial am "rechten Rand" abzuschöpfen. Um dies zu erreichen, werden rechte Positionen übernommen, dies ermutigt die Neuen Rechten weitergehende Forderungen aufzustellen usw. Die Spirale führt immer weiter nach rechts.
Wieweit neurechte Ansichten, Argumentationen und vermeintliche "Lösungsansätze" die allgemeinen Diskussionen bestimmen, soll an Hand dieser Vorlesungsreihe exemplarisch gezeigt werden.

3.11.93 Entwicklung der Neuen Rechten

Die durch die Neuen Rechten vorgenommene Modernisierung faschistischer Grundaussagen kommt dem Ideologiebedarf heutiger imperialistischer Interessen entgegen und schafft gleichzeitig Voraussetzungen für eine Ausrichtung und Organisierung des rechten Lagers.

10.11.93 Inhalte und Strategien der Neuen Rechten am Beispiel der 'Jungen Freiheit'

Die Ideologie der Neuen Rechten hat bereits nachhaltiger in der Gesellschaft Eingang gefunden, als dies allgemein wahrgenommen wird.
Inhalte und sprachliche Strategien der Neuen Rechten werden am Beispiel einer rechten Zeitung (Junge Freiheit) vorgestellt und analysiert und auf ihre dahinterstehenden Zielvorstellungen untersucht.

18.11.93 Die 'Junge Freiheit' - Profil einer rechten Publikation

Die "Junge Freiheit" hat sich zu einem der wichtigsten Foren der intellektuellen Nachwuchsrechten in den letzten Jahren entwickelt. Sie ist ein Beispiel für das Erscheinungsbild einer modernisierten rassistisch - autoritären Ideologie , die sich konservativ gibt, in ihrem Kern jedoch unverhohlen an faschistische Traditionen anknüpft.

24.11.93 Das Frauenbild der Neuen Rechten

Es wird das Frauenbild dargestellt und die Umsetzung bei den 'Republikanern', der 'Deutschen Frauenfront', der 'FAP-Frauenschaft' und den 'Reenies'.

1.12.93 Frauen und Rechtsextremismus

Welche Motive haben Frauen sich rechtsextremen Gruppen anzuschließen?
Sind ihre Motive anders als die der Männer?
Wie lassen sie sich aus einer geschlechtsspezifischen Entwicklung ableiten?

8.12.93 Der Sozialismus entläßt seine Kinder..... -in den Rechtsextremismus?

Der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern





15.12.93 Der Rechtsruck innerhalb der großen Volksparteien
- eine Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung.

5.1.94 Rassismus und Medien
Eine Analyse am Beispiel der FAZ

12.1.94 Multi-Kulti: Festschreibung des Rassismus?!
Der Begriff 'multikulturelle Gesellschaft' wird bei jeder Diskussion um die sogenannte Ausländerfrage benutzt. Was verbirgt sich hinter diesem Begriff und wie wird er benutzt?

19.1.94 Neue deutsche Außenpolitik in Osteuropa-Auf dem Weg zur Weltmacht
Mit der deutschen Wiedervereinigung 1990 erlangte die BRD ihre volle Souveränität zurück. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, die Vorherrschaft der BRD in Europa zu sichern und auszubauen.
Für Osteuropa bedeutet das eine Reorganisierung deutscher 'Volkstums- und Volksgruppenpolitik'. Offizielle Regierungsstellen und eine Allianz von Vertriebenenorganisationen bis hin zu faschistischen Gruppierungen arbeiten Hand in Hand. Das rassistisch-nationalistische Klima in der BRD ist zur Basis der 'neuen deutschen Außenpolitik' geworden.

Veranstaltungsort:
Cafe Knallhart in der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg
Uhrzeit: 19.00 Uhr

ViSdP: Asta der HWP, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg

Infobüro in Gö eröffnet

Seit Juni gibt es in Göttingen das "autonome info büro".
Wir begreifen uns sowohl für bundesweite als auch für regionale Infos als Informationsschnittstelle. Unser Schwerpunkt liegt bei Infos, die über Telefon oder Fax kommen, schriftliches geht weiterhin an den Infoladen, mit dem wir alle Informationen austauschen.
Wir haben uns nicht auf eine spezielle Art von Informationen beschränkt. Es geht uns also um Termine, Vorbereitungspapiere, Aufrufe, Berichte aus allen Themenbereichen. Wir hoffen mit der Struktur des Büros eine möglichst schnelle Verbreitung der Informationen zu gewährleisten, so daß auch bei sehr aktuellen Sachen Infos dort ankommen wo sie gebraucht werden und eine Entstehung irgendwelcher Gerüchteküchen vermieden werden kann.
Neben den aktuellen Infos haben wir auch eine Anzahl fester Datensammlungen, die ständig aktualisiert werden. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Adressensammlungen und Verteiler. Zur Vervollständigung unserer Adressensammlung suchen wir vor allem noch Telefon- und Faxkontakte in den einzelnen Städten. Wenn ihr eine Kontaktstelle habt, würden wir uns freuen, wenn ihr uns die Daten schickt.
Zu den angegebenen Öffnungszeiten sind wir direkt im Büro zu erreichen. Dann können auch Informationen und Nachrichten in begrenztem Maße über Telefon erfragt werden (*Wie das halt so ist, d.T.).* Für Nachrichten von euch stehen Fax und Anrufbeantworter immer zu Verfügung.
Autonomes Infobüro im Juzi, Bürgerstraße 41, Göttingen
Öffnungszeiten:
Mo 16.00 - 17.00 h; Di, Mi 16.00 - 18.00 h; Do 16.00 - 20.00 h
Telefon & Fax : (0551) / 7703735
nur Telefon : (0551) / 74557
Post an : Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
37073 Göttingen



Bericht vom Marsch gegen Arbeitslosigkeit und Armut

Der folgende Beitrag stammt von einer TeilnehmerIn des Marsches von Valencia nach Madrid. Über die Vorbereitung berichtete ZECK bereits in einer früheren Ausgabe. Die Beteiligung von 150 Personen an diesem Marsch war aus organisatorischen Gründen begrenzt.

Unter dem Motto "Gegen Arbeitslosigkeit und Armut" hat BALADRE, eine Koordination, in der sich Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut aus ganz Spanien zusammengefunden haben, im Juni zu einem Marsch auf Madrid aufgerufen. An diesem Marsch, der am 24.6. in Valencia seinen Anfang nahm und am 3.7. mit Straßenfesten und einem riesigen Rock-Konzert, das die ganze Nacht andauerte, endete, nahmen 150 Personen teil. Angesichts der großen Probleme, wie Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit und einer Armut, von der nach offiziellen Angaben 12 Millionen Menschen in Spanien betroffen sind, hat BALADRE versucht - und dies ist ihr auch gelungen - Initiativen aus den unterschiedlichen sozialen Bereichen zu einer gemeinsamen Aktion zusammenzubringen. Neben ugendinitiativen nahmen die verschiedensten Gruppierungen, die aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Sozialstatus, Ausbildung und Ideologie von sozialen Härten betroffen sind, teil: Unterstützergruppen für Wehrdienstverweigerer, HausbesetzerInnen Mütter gegen Drogen, Umweltinitiativen, die soziale Bewegungen in Südamerika unterstützen, um nur einige zu nennen. Daß dieser Marsch ebensogut in Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Deutschland oder jedem anderen Land hätte stattfinden können, wurde in den zahlreichen Diskussionen und Redebeiträgen immer wieder betont. Denn Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungslosigkeit und Rassismus sind Probleme von denen Millionen Menschen weltweit betroffen sind. Auf die sozialen Verschlechterungen im Zuge des EG-Binnenmarktes, wiesen die dänischen VertreterInnen besonders hin. Die Vertreter aus dem Magrebie (Algerien, Marokko) konnten dies bestätigen und betonten nochmals, daß Arbeitslosigkeit und Armut in Europa nicht die Folge einer verstärkten Einwanderung seien, sondern auf einer ungerechten Verteilung des vorhandenen Reichtums basierten, die nicht zuletzt durch die Installierung des EG-Binnenmarktes noch forciert würde. Die industrielle Umstrukturierung, gefordert von der EG, hat bereits in einigen Ländern Westeuropas zur Stillegung ganzer Industriezweige, wie Stahlindustrie, Schiffsbau und Bergbau geführt. Durch Firmenfusionen, Bildung neuer multinationaler Unternehmen, Rationalisierung, die unter dem Vorwand der Einführung neuer Technologien betrieben wird, werden immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit entlassen. Gleichzeitig wird immer mehr Reichtum in den Händen immer Weniger konzentriert.

Die Zahl derer, die wenig haben, wächst ständig - und, da sie wenig zu verlieren haben, könnten sie einer gefährlichen Größe für die Stabilität des Systems werden. Die Priviligierten, die Mächtigen versuchen deshalb, denjenigen, der noch Arbeit hat gegen den, der keine mehr hat aufzubringen, den Armen gegen den Emigranten auszuspielen, mit billiger Demagogie den Sozialhilfebezieher zu kriminalisieren. Es ist klar, daß es in diesem System, trotz wirtschaftlichen Wachstums, keine Vollbeschäftigung mehr geben wird, weshalb von den deutschen VertreterInnen im Namen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut, die Einführung eines Existenzgeldes für alle gefordert wird. Es soll einer Entsolidarisierung unter der Bevölkerung entgegenwirken, und da es nicht an eine Verpflichtung zur Arbeit gebunden sein soll, kann es auch niemandem entzogen werden, der sich weigert schlechtbezahlte Jobs unter sklavischen Arbeitsbedingungen anzunehmen. Die TeilnehmerInnen des Marsches riefen angesichts der sich abzeichnenden sozialen Verschlechterungen die Betroffenen immer wieder zur aktiven Einforderung ihrer Rechte auf. Der Marsch auf und Armut soll anregen, die allgemein vorherrschende Lähmung zu überwinden und zu neuen Ufern vorzudringen.

Wer Spanien kennt, der weiß, daß Ende Juni dort bereits hochsommerliche Temperaturen vorherrschen und kann sich vorstellen, welche körperlichen Strapazen die TeilnehmerInnen während dieses 350 Km langen Fußmarsches, der noch dazu ausschließlich über asphaltierten Boden führte, auf sich genommen haben. Das Rote Kreuz begleitete den Marsch mit 2 Fahrzeugen von Valencia bis kurz vor Madrid. Die Verpflegung aller TeilnehmerInnen besorgte eine Küchenbrigade, die überwiegend aus Männern bestand.



Nummer 20, November 1993

Ermittlungen nach §129a gegen die Rote Hilfe

Wegen des Verdachts der Unterstützung bzw. Werbung für eine terroristische Vereinigung hat der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen die Rote Hilfe eingeleitet. Das Verfahren, bei dem die Staatsanwaltschaft am Landgericht Schleswig die Ermittlungen leitet, richtet sich gegen einen Artikel in der Ausgabe 2/93 der quartalsweise erscheinenden Rote Hilfe-Zeitung. In dieser Ausgabe wurde ein Beitrag zum High-Tech-Gefängnis Weiterstadt dokumentiert, das im April dieses Jahres von der Roten Armee Fraktion (RAF) gesprengt worden war. Nach Ansicht der Bundesanwaltschaft erfüllt dieser Beitrag der "Bunte Hilfe Darmstadt" den Strafbestand der "Werbung für eine terroristische Vereinigung"
Erst kürzlich erfuhr die Rote Hilfe von den laufenden Ermittlungen - durch polizeiliche Zeugenvorladungen eines aktiven und eines ehemaligen Bundesvorstandsmitgliedes. Aus den Zeugenvorladungen geht hervor, daß sich diese gegen "unbekannt" richten. Der von der Roten Hilfe beauftragte Rechtsanwalt Peter Tode stellt dazu fest, daß dieses Vorgehen - obwohl die Rote Hilfe-Zeitung einen presserechtlich Verantwortlichen nennt - nicht ungewöhnlich ist. Es scheint vielmehr, als seien diese Ermittlungen gegen "unbekannt" ein Versuch, die Strukturen der Roten Hilfe zu durchleuchten und Reaktionen zu testen. Dabei ist der Bundesanwaltschaft selbst die Konstruktion recht, daß jetzt ein Beitrag Anlaß für derart massive Vorwürfe bieten soll, der aus einer fünf Jahre alten Broschüre der "Bunten Hilfe Darmstadt" entnommen und entsprechend gekennzeichnet wurde.

Der § 129a hat sich in der Vergangenheit vor allem als Ermittlungsparagraph erwiesen, der den Sicherheitsbehörden hauptsächlich dazu dient, umfangreiche Informationen über linke politische Gruppen und Einzelpersonen zu sammeln. Nur in einem sehr geringen Prozentsatz führen Ermittlungen nach diesem Paragraphen überhaupt zur Erhebung von Anklagen.

Die Rote Hilfe ist eine bundesweite überparteiliche linke Schutz- und Solidaritätsorganisation, deren über 1000 Mitglieder durch ihre Mitgliedsbeiträge und Spenden Prozeßkostenunterstützung für AntifaschistInnen, AntiimperialistInnen und andere Menschen leisten, die für ihre politische Betätigung verfolgt werden. Außerdem unterstützt die Rote Hilfe politische Gefangene und geht durch Öffentlichkeitsarbeit gegen die strafrechtliche Einschränkung der politischen Betätigung und den stetig voranschreitenden Ausbau des Apparates der "Inneren Sicherheit" und seiner Befugnisse vor.
Bisherige Ermittlungen der Sicherheitsbehörden gegen die Rote Hilfe-Zeitung mußten eingestellt werden. Die Rote Hilfe wertet das aktuelle § 129a-Verfahren als erneuten Kriminalisierungsversuch ihrer Tätigkeit, der dazu dienen soll, Menschen vor einer passiven oder aktiven Mitgliedschaft in der Roten Hilfe abzuschrecken. Die Rote Hilfe braucht jetzt selbst die Solidarität, die sie ansonsten für andere organisiert. Sie appelliert an alle, die sich schon einmal mit dem Gedanken befaßt haben, Mitglied zu werden, dies jetzt zu tun, um den Staatsschutzbehörden zu demonstrieren, daß ihr Manöver zum gegenteiligen Erfolg führt.

Solidarität ist eine Waffe!

(Pressemitteilung der Roten Hilfe vom 4.10.93)

Adresse:
Rote Hilfe
Postfach 6444
24125 Kiel

Spenden-und Beitagskonto:
Postbank Dortmund
BLZ 44010046
Konto: 19 11 00-442





Runder Tisch in der Neustadt

Runder Tisch in der Neustadt: Spielwiese für Bürgerbeteiligung

Mediation heißt die neue Masche, mit der hartnäckige Bürger(innen) ausgetrickst werden sollen. Die sanfte Tour der Bürgerverarschung wurde in Hamburg erstmals von der Stadtentwicklungsbehörde (Steb) in der südlichen Neustadt praktiziert.
Riesige Büroneubauten und Luxushotels verändern den Lebensraum der Bewohner(innen) der südlichen Neustadt, dem Viertel zwischen Fleetinsel und Landungsbrücken. Weitere Großprojekte in unmittelbarer Nähe (Touristikzentrum Landungsbrücken, Bebauung Kehrwiederspitze und Steinwerder) lassen die Investoren jubeln. Zur Beruhigung der verängstigten Anwohner(innen) inszenierte Steb-Senatorin Müller von Februar bis August 1993 einen Runden Tisch sowie einen BürgerInnen-Wettbewerb. Dabei bediente sie sich der Experten des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes "konsalt", um mithilfe einer sogenannten Mediation zwischen Betroffenen und Obrigkeit zu vermitteln.

Bürgerbeteiligung bei Stadtentwicklung...

AlsAuslöser des Vorhabens "Ideen für die südliche Neustadt" sah Steb-Senatorin Traute Müller die im vergangenen Jahr geplatzten Ansiedlungspläne des "Spiegel" auf dem Areal zwischen Gerstäcker- und Ludwig-Erhard-Straße an, die zu erheblichen Protesten unter der Wohnbevölkerung geführt hatten. "Wohnungen statt Büros" hatten die Anwohner(innen) für das stadteigene "Filetstück", der einzigen größeren unbebauten Fläche im Viertel, gefordert. Entsprechende Handlungsweisen der Stadt in diese Richtung wurden von den Bürgerinitiativen und der Michaeliskirche zum Prüfstein der Senatspolitik gemacht. Der Senat verkündete seinerseits, daß die Ergebnisse des Runden Tisches und des Bürger(innen)-Wettbewerbs "durch entsprechende Maßnahmen abgestimmt und umgesetzt werden" sollen.
Gleich zu Beginn der Diskussionmsrunden versuchte Traute Müller jedoch "Nägel mit Köpfen" zu machen: "Reines Wohnen" an der Gerstäckerstraße sei nicht realistisch. Diskussionen darüber seien nicht möglich. Außerdem stünde sie unter einem erheblichen Druck des Senats. Tapfer behauptete sie gleichwohl: "Nun ist Wohnen an der Reihe." Und: "Stadtentwicklung im Sinne von Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren" sei nun angesagt. Posse oder PR-Gag - wer konnte das wissen? Die Teilnehmer des Runden Tisches (sogenannte Steuerungsgruppe) gaben sich jedoch selbstbewußt. Mit Vor-Festlegungen wollten sie sich nicht abspeisen lassen. "Alles muß auf den Tisch", forderte ein Vertreter der "Aktionsgemeinschaft Südliche Neustadt".

...ein hohler Politiker-Schwindel

Nach siebenmonatiger Arbeit und Diskussionen, zu denen auch ein Workshop gehörten, waren sich die Teilnehmer des Runden Tisches einig: Die Wohnfunktion des Viertels, die von der SPD so sträflich vernachlässigt worden war, muß gestärkt werden. Dies betraf vor allem die Fläche an der Gerstäckerstraße. Bürgerinitiativen, Kirche, lokale CDU, GAL und Gewerbevertreter waren sich einig, daß ein Zeichen gesetzt werden müsse. Um Wohnen in der Innenstadt langfristig zu sichern, sei das Gelände am Michel hauptsächlich für Wohnungsbau zu nutzen.Selbst die Handelskammer konnte sich mit diesem Vorschlag anfreunden, nachdem auch ihre Anregung eines Gewerbehofes allseitige Zustimmung gefunden hatte.
Die Teilnehmer des Runden Tisches wurden jedoch beispiellos hinters Licht geführt. Bereits im März des Jahres hatten sich Steb und Finanzbehörde darauf geeinigt, daß auf dem Gelände bis zu 60 Prozent Büroflächen und nur zu 40 Prozent Wohnungsbau untergebracht werden sollten. Trotz zahlreicher Nachfragen wurden diese Informationen vor den Mediations-Beteiligten geheimgehalten. Bei soviel unbekümmerter Dreistigkeit ließ sich auch die Kommission für Bodenordnung nicht lumpen. Nach Beendigung des Runden Tisches und nur drei Tage vor den Bürgerschaftswahlen beschloß sie die Anhandgabe des 7.745 qm grßen Grundstücks an die "Arbeitsgemeinschaft Gerstäckerstraße", einer deutsch-französischen Investorengruppe (GRoupe Credit Lyonnais", der größten europäischen Geschäftsbank, und die Hamburger Projektentwickler "Hanseatica" mit Verbindungen zu Gruner + Jahr). Sie wollen ein "Frankreich-Haus" errichten, in dem vorwiegend Unternehmen des Kultur- und Ausstellungsmanagements, der Medienbranche und anderer Dienstleistungen Platz finden sollen. Die Errichtung von 120 Alibi-Wohnungen ändert an dem ungebremsten Geraffe und Geschaffe der Investoren in der südlichen Neustadt nichts.





Fauler Zauber Mediation

Beim Monopoly des Geldes sind die Voscheraus und Müllers indes nur Statisten einer Aufführung, deren Drehbuch sie nicht geschrieben haben. Das von der trauten Traute Müller mit Getöse in Szene gesetzte Mediationsverfahren verdient daher auch massivstes Mißtrauen. Die von ihr mit 250.000 DM honorierten Konfliktberater der Beratungsfirma "konsalt", die (Interessen-)Konflikte "produktiv beizulegen" versprachen, scheiterte. Dieses auf Kooperation setzende Verfahren, das Akzeptanz für angezielte Maßnahmen bei den davon Betroffenen und in der Öffentlichkeit erreichen sollte, mußte aus mehreren Gründen Schiffbruch erleiden.
Eine elementare Voraussetzung für das Vermittlungsverfahren war nicht gegeben, weil die Ungleichgewichte zwischen den Beteiligten zu groß waren. Zum Schutz der schwächeren "Bürgerpartei" hätte ein Ausgleich, etwa durch Hinzuziehung von frei zu wählenden Fachleuten, geschaffen werden müssen. Im Gegensatz zur Handelskammer oder Behörden verfügt eine Bürgerinitiative nicht über jederzeit abrufbares Fachwissen auf allen strittigen Gebieten. Hinzu kommt, daß die Fähigkeit und Bereitschaft zu fairem Umgang miteinander etwa bei der Steb nicht gegeben war. Dies vor allem deshalb, weil - wie die Vorgänge um die Gerstäckerstraße deutlich machen - keine Offenheit praktiziert wurde. Nicht zuletzt litt das Verfahren darunter, daß die "konsalt"-Konfliktberater keineswegs neutral und unparteiisch auftraten. Das nachträgliche Mitfingern der Steb in den Sitzungsprotokollen machte dies besonders deutlich. Papier ist geduldig, aber Beton erst recht. So manchem Mitstreiter der "Aktionsgemeinschaft Südliche Neustadt" gehen solche Gedanken durch den Kopf, wenn an das Trauerspiel mit der Bürgerbeteiligung gedacht wird.

Spendenaufruf für Birgit Hogefeld

Es gibt jetzt ein Spendenkonto für Birgit Hogefeld!
Sie braucht Geld für Anwaltskosten, für Sachen die sie im Knast braucht, für Zeitungsabos usw.

Spendet zahlreich auf das Konto :
R. Limbach
Stichwort Birgit
Kto.-Nr.: 1210400 77
Blz.: 51050015
Nassauische Sparkasse Wiesbaden



Volle Kanne
Gegenöffentlichkeit.
Was das Zeug hält !!!
Solidisco für das Archiv, Fotoarchiv und die Zeck !
Am 13. 11. ab 22.00 Uhr
in der Roten Flora





Arolsen (III.)

Alle 13 von den Mitte August in Arolsen festgenommenen Antifas, denen vorgeworfen wird den Faschisten Thomas Kubiack lebensgefährlich verletzt zu haben sind unter z.T. absurden Auflagen, wie z.B. Kontaktverbot untereinander, aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft in Kassel übernommen. Mit der Anklageerhebung wird im November gerechnet.
Der zu Beginn der Ermittlungen erhobene Vorwurf des "gemeinschaftlich versuchten Totschlags" wurde fallengelassen. Ermittelt wird nun wegen Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch.
Kubiack selbst ist seit geraumer Zeit aus dem Krankenhaus entlassen worden. Desweiteren sind seine Verletzungen nicht so schwerwiegend gewesen wie zuerst angenommen wurde. Zu seiner Person vergleiche Zeck Nr. 18, Seite 9.
Der Prozeß gegen die AntifaschistInnen wird wahrscheinlich im Januar vor dem Landgericht in Kassel beginnen.

Infos über : Bunte Hilfe Marburg
c/o Cafe am Grün
Am Grün 28
35037 Marburg



Es kann immer noch schlimmer kommen

Stück für Stück wird der Baui eingemauert oder: Es kann immer noch schlimmer kommen!

Der Bauspielplatz im Schanzenviertel, existiert seit 1982, wird Jahr um Jahr Stück für Stück verkleinert: Sei es ein dringend benötigter Autohändler, der dem Platz Fläche klaut, oder die (geplante) Turnhalle der Schule Altonaer Straße, für die es 'leider' keinen anderen Platz gibt. Die jüngste Entwicklung ist der Bau einer Werkstatthalle hinter dem ehemaligen Mazda-Autohaus, welches jetzt Ford-Timm gehört. Diesmal wird der Spielplatz zwar nicht beschnitten, aber die Lichtverhältnisse verschlechtern sich. Durch den Anbau und das in Richtung Schulterblatt entstehende Parkhaus wird die Umzingelung perfekt. Wenn die Turnhalle Realität werden sollte, bleibt dem Baui nur noch ein schmaler Schlauch entlang des Bahndamms...

1982: Eine Fläche wird frei- frei von Autos, frei für Kinder. Jubel! Stück für Stück entsteht ein Bauspielplatz, der einzige weit und breit. Zuerst geduldet, dann akzeptiert, dann auf dem Sozialkonto der SPD als Aktivposten. Alle freuen sich, vor allem die Kinder. Aber....

1986: Der neue Bebauungsplan sieht die Zerstückelung der Fläche vor. Zusätzlich sollen ausgelagerte Betriebe aus dem benachbarten Sanierungsgebiet untergebracht werden. Die Schule Altonaer Straße will ausgerechnet da, wo 'ihre' Kinder nachmittags spielen, eine Turnhalle haben. Es hagelt über 100 sehr fundierte Einwendungen gegen die Verkleinerung. Vergebens.

1989: Mazda - Platz-da - Urban verwirklicht seine (vorläufigen) Träume, zieht aus der Weidenallee um auf das von der Stadt erdealte Grundstück an der Altonaer Straße. Die SPD freut sich, daß endlich in der Weidenallee sozialer Wohnungsbau auf der freigewordenen Fläche vollzogen werden kann. Wie sozial! Dadurch verschlechtern sich die Bedingungen auf dem Baui deutlich: Flächenverlust, mehr Lärm von der S-Bahn. Aber: Die Art der Bebauung (Abstufung zum Baui hin, **ebenerdige** Parkfläche Richtung Schulterblatt) ist halbwegs erträglich. Es hätte schlimmer kommen können!

1991: Auch dem letzten Blindfisch müßte inzwischen klargeworden sein, daß jede weitere Verkleinerung unzumutbar wäre. Aber: Alle unsere Alternativvorschläge und Kompromißangebote für Standort und Gestaltung der Sporthalle werden weggewischt mit dem Hinweis: "Jede weitere Verzögerung der Planung würde das dringend benötigte Turnhallenprojekt gefährden." Wirklich ?

1993: Ganz so dringend war es wohl nicht: Bisher kein Spatenstich! Wie schön, wir dürfen noch ein bischen auf der Fläche spielen!

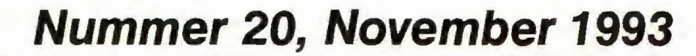
Vor den Ferien dann der unerwartete Hammer: Urban hat den Rachen immer noch nicht voll, er will anbauen. Direkt an der Grundstücksgrenze soll ein 7 Meter hohes Werkstattgebäude hochgezogen werden, zum Schulterblatt hin ein Parkhaus. Das Schönste: Urban selber zieht weg, kriegt von der Stadt in der Kollaustraße zu seinem bisherigen Grundstück ein neues dazu. Wie schön, ein Autohändler weniger im Viertel! Von wegen: Nur das Firmenschild ändert sich. Für über 4 Mio DM tritt Ford-Timm die Nachfolge an. Der Anbau ist also nichts als eine kaufpreisverbessernde Maßnahme von Urban. Übrigens: Nachfolger von Timm in der Stresemannstraße wird BMW. Standort Hamburg. Die Kasse klingelt, alle sind zufrieden. Bis auf die Kinder.

Kann es noch schlimmer kommen?

Klar doch, z.B. hat die Bundesbahn **jederzeit** das Recht, die alte Betonwand durch einen Bahndamm zu ersetzen. Der Baui würde dann eben etwas schmaler. Aber wie meinte doch der Architekt von Timm: "Aus der Fläche läßt sich doch immer noch was machen!" Wie wär's mit einem Parkplatz ?

(Flugblatt des Bauspielplatzes)





Das Info aus der Flora

Nummer 20, November 1993

Gerhofstraßenprozeß

Prozessbeginn beim Gerhofstr. - Verfahren !!

Nach 3 1/2 Jahren soll am 9. November der Prozeß gegen 6 Menschen aus Hamburg vor dem Landgericht eröffnet werden. Anklagepunkte sind bei allen 6 :

- Landfriedensbruch in besonders schwerem Falle
- Widerstand gegen Amtsträger in besonders schwerem Falle
- Körperverletzung

Alle Anklagepunkte sollen gemeinschaftlich begangen und geplant worden sein.
Hintergrund des Verfahrens ist die Auseinandersetzung zwischen DemonstrantInnen und Bullen auf der Demo anläßlich der Räumung der LaMa und der Razzia in der Hafenstraße im Mai 1990

weitere Prozeßtermine : 12. 11., 16. 11., 24. 11., 30. 11., 2. 12., 7. 12., 10. 12., 14. 12., 16. 12.
Alle beginnen um 9.00 Uhr im Saal 209, Strafjustizgebäude Sievekingsplatz.

Die Malgruppe in der Flora

Wir sind Leute, die Platz zum Malen brauchen und deshalb den Raum neben dem Büro (1. Stock), nachdem Radio St.Paula darauf verzichtet hat, renoviert haben. Bisher wird der Raum von sieben Leuten genutzt und soll für andere, die ab und zu malen wollen, auch zugänglich sein.

Interessierte können entweder versuchen, uns dort zu treffen oder am 3. Montag im Monat um 19 Uhr zu unserem Plenum im Malraum kommen.

Am Samstag, den 4. Dezember werden wir ein 'ganz tolles' Einweihungsfest machen.

Wir brauchen noch Spenden: Pinsel, Staffeleien, Bettlaken ...

P.S.: Also so trocken sind wir dann irgendwie doch nicht ...

STÄNDIGE TERMINE IN DER FLORA:

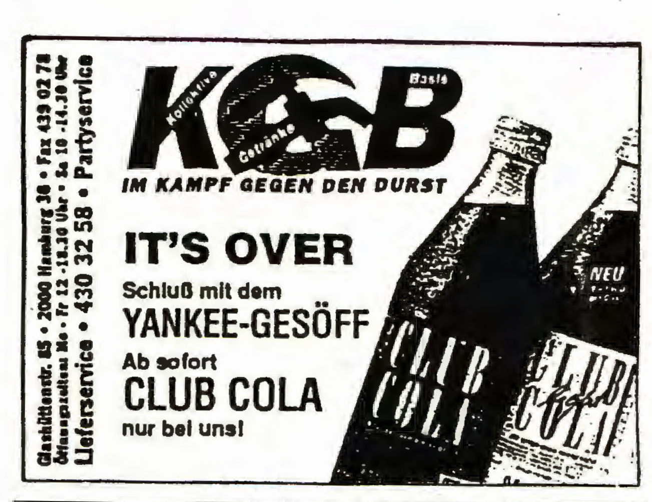
Cafe-Öffnungszeiten: täglich 16-22 Uhr

Mo	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	17.-20.00	Motorradgruppe
	19.00	Vokü
Di	18.00	Veranstaltungsgruppe
	20.00	Radio St. Paula (Plenum, nur für Frauen)
Mi	16.-20.00	Häusercafe
	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	21.00	jeden 1. Mittwoch im Monat: Offenes Treffen der ANTIFA Schanzenviertel
Do	16.-21.00	Info-Cafe zur Roten Flora
	19.00	Vokü
	17.-19.00	Offset-Druckgruppe
Fr	19.00	Vokü
Sa	16.-19.00	Fahrradselbsthilfe
So	19.30	14-tägig: vegane Vokü

Bei Fragen zur Raumvergabe Donnerstags zwischen 16 und 19 Uhr die freundliche Tresenschicht ansprechen!

FLORA SPENDENKONTO
Rote Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg BLZ 200 100 20
Kontonummer: 29492-202





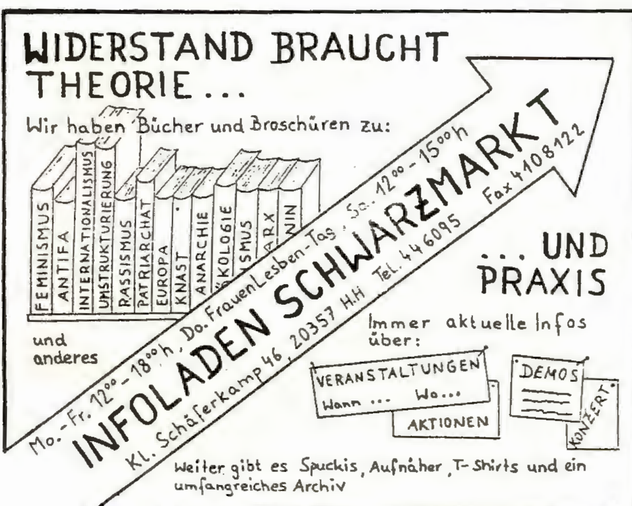




Wir drucken im Siebdruck ab einer Auflage von 5 Stck. Eure Motive schnell, günstig und bunt auf erstklassige T-Shirts, Sweat-Shirts und Stoffe aller Art.

Tel.: 390 67 46





ALTONAER NATURWARENLADEN

2000 HAMBURG 50
ARNKIELSTRASSE 15
ECKE LANGENFELDER STRASSE



BUCHLADEN OSTERSTRASSE

Politik und Literatur

2 Hamburg 20, Osterstr. 156
Tel. 491 95 60
WIR VERKAUFEN VERLEGTES



Rote Flora im November

5.11. Konzert: **Dog Faced Hermans** (Amsterdam) und **Stuck Big Meal** (Hamburg), Halle, 21 Uhr.
Dog Faced Hermans besuchen auf ihrer diesjährigen Tour durch die BRD, Schweiz und die Tschechei erneut die Flora, um das Publikum mit ihrer eigenwilligen Mischung aus Folk, Punk und experimenteller Musik in ihren Bann zu ziehen. Die Hermans wandeln auf ähnlichen Pfaden wie The Ex, wenn sie ihre Spielart des Punk mit experimentellen Klängen anreichern und ihre Instrumente malträtieren. Im Reisegepäck ist die im Frühjahr erschienende LP 'Hum of Life', auf der u.a. Ornette Colemans 'Peace Warriors' hermanisiert wurde.

13.11. **Solidisco für das Archiv der sozialen Bewegungen** und die **Zeck**, Halle, 22 Uhr.

14.11. **Vegane Vokü**. Ab jetzt wieder alle 14 Tage um 19.30 Uhr.

16.&17.11. **"Vage Rituale", Bats und Para-Noise Terminal,** Butoh-Tanz (Dänemark) und Industrial Music (HH), Halle, 20 Uhr.

19.11. Konzert im Keller: **Die Kante** und **Toootronic**. Hamburger Bands, 21 Uhr.

20.11. Konzert: **Roving Bottles** (HH) und **But Alive** (HH). Solidaritätskonzert für die Renovierung der Karo-Ini-Räume, Halle, 21 Uhr.
Beide Bands haben vor kurzer Zeit ihre Debüt-LPs herausgebracht. Die Roving Bottles spielen Folk mit sehr starken irischen Anleihen, But Alive machen melodischen Punk/Hardcore mit intelligenten deutschen Texten.

Vorschau Dezember:

3.12. Solidisco für die Anti-Knast Werkstatt in Köln. Davor um 20 Uhr: Infoveranstaltung des Kollektivs und Film 'Komplizinnen'.
4.12. Solidisco für das Flora-Atelier.

Radio Loretta auf 96 MHz im November

(eine Auswahl, genaues Programm siehe FSK-Programm-Heftchen):
6.11. Frauen in der Folkmusik, 21 Uhr.
10.11. Politischer Spätschoppen: Natur und Gesellschaft, 22 Uhr.
17.11. Knastradio, 22 Uhr.
20.11. Labelportrait: Vince Lombardy Highschool Records, 21 Uhr.
24.11. Kriegszerstörungen in St. Pauli im 2. Weltkrieg und St. Pauli als Objekt der Stadtplanung 1934-1993, 22 Uhr.
27.11. Labelportrait: Wreckage Records, 21 Uhr.
6.12. Zur gegenwärtigen Lage in Nordirland, 22 Uhr.

Weitere Termine:

6.11. **Antifaschistische Demonstration** in Groß-Klein, Rostock.

9.11. **Wann ist der Mensch ein Mensch?- Ethik auf Abwegen.** Oliver Tolmein stellt sein neues Buch vor. Er untersucht die zunehmende Gewalt gegen Behinderte, nicht nur auf der Straße, sondern auch in Medizin, Philosophie und Ökonomie. Abweichungen von der gesellschaftlich definierten körperlichen Norm sollen verhindert und die gesundheitspolitischen 'Mißerfolge' beseitigt werden, was sich z.B. an der Diskussion um den Euthanasiebefürworter Peter Singer zeigen läßt. Buchladen im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20 Uhr.

13.11. **Brigaden nach Nicaragua!** Informationstreffen im 'El Rojito', Große Brunnenstraße 74, 15 Uhr.

20.11. Konzert: **Toxic Reasons** (Indianapolis, USA), Störtebeker, 21 Uhr.

27.11. **Antifaschistische Demonstration** in Mölln anläßlich des Jahrestages der Ermordung von drei türkischen Frauen durch Faschisten.

Volle Kanne
Gegenöffentlichkeit.
Was das Zeug hält !!!
Solidisco für das Archiv,
Fotoarchiv und die Zeck !
Am 13. 11. ab 22.00 Uhr
in der Roten Flora



ARCHIV